

Verordnung**der Bundesregierung**Verordnung über die Gewährung von Vorrechten und Immunitäten
an die Internationale Jute-Organisation**A. Zielsetzung**

Das Internationale Übereinkommen von 1989 über Jute und Jute-Erzeugnisse, das am 1. Januar 1991 das 1. Juteübereinkommen von 1982 ablösen soll, sieht in Artikel 17 (Vorrechte und Immunitäten der Internationalen Jute-Organisation) vor, daß die Organisation Rechtspersönlichkeit besitzt. Diese Normativbestimmung bedarf der Umsetzung in innerstaatliches Recht.

Ziel des Übereinkommens ist es im wesentlichen, die Wettbewerbsfähigkeit von Jute und Jute-Erzeugnissen zu stärken sowie Produktion, Ausfuhr und Einfuhr entsprechend den Marktmöglichkeiten zu verbessern und auszubauen. Dies soll durch Projekte in den Bereichen Forschung, Entwicklung, Marktförderung und Kostensenkung sowie durch Informationsaustausch und Erörterung wichtiger Fragen im Zusammenhang mit Jute und Jute-Erzeugnissen im Internationalen Jute-Rat geschehen. Der Sitz der Internationalen Jute-Organisation bleibt Dhaka/Bangladesch. Deshalb dürfte im übrigen die Gewährung von Vorrechten und Immunitäten an die Organisation in der Bundesrepublik Deutschland nicht praktisch werden.

B. Lösung

Erlaß einer Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates auf Grund der Ermächtigung in Artikel 3 des Gesetzes vom 22. Juni 1954 über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen vom 21. November 1947 und über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an andere zwischenstaatliche Organisationen, der durch das Gesetz vom 16. August 1980 (BGBl. 1980 II S. 941) neu gefaßt wurde.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Durch die Gewährung von Vorrechten und Immunitäten an die Internationale Jute-Organisation entstehen keine Kosten.

Die Mitgliedschaft in der Internationalen Jute-Organisation verpflichtet aber die Bundesrepublik Deutschland, einen jährlichen Beitrag (ca. 23.000 DM) zum Verwaltungshaushalt dieser Organisation zu leisten.

17.01.91

Wi

Verordnung
der Bundesregierung

Verordnung über die Gewährung von Vorrechten und Immunitäten
an die Internationale Jute-Organisation

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
121 (44) - 683 10 - Ju 4/91

Bonn, den 17. Januar 1991

An den
Präsidenten des Bundesrates

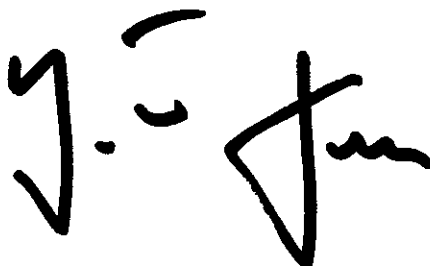
Hiermit übersende ich die von der Bundesregierung beschlossene

Verordnung über die Gewährung von
Vorrechten und Immunitäten an die
Internationale Jute-Organisation

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund des Artikels 80
Absatz 2 des Grundgesetzes herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister für Wirtschaft.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'J. F. J.' followed by a stylized flourish.

V e r o r d n u n g

über die Gewährung von Vorrechten und Immunitäten
an die Internationale Jute-Organisation
vom.....1990

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 22. Juni 1954 über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen vom 21. November 1947 und über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an andere zwischenstaatliche Organisationen (BGBl. 1954 II S. 639), der durch das Gesetz vom 16. August 1980 (BGBl. 1980 II S. 941) neu gefaßt wurde, verordnet die Bundesregierung:

§ 1

Die Bestimmungen des Artikels II des Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen vom 21. November 1947 (BGBl. 1954 II S. 639) finden sinngemäß auf die Internationale Jute-Organisation nach Maßgabe des Artikels 17 Abs. 1 des Internationalen Übereinkommens vom 3. November 1989 über Jute und Jute-Erzeugnisse Anwendung. Das Übereinkommen wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

§ 2

- (1) Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 40 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt.
- (2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem das Übereinkommen für die Bundesrepublik Deutschland außer Kraft tritt.

- (3) Der Tag des Inkrafttretens und der Tag des Außerkrafttretens sind im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 1990

Der Bundesminister
für Wirtschaft

Der Bundesminister
des Auswärtigen

Dr. Haussmann

Genscher

Begründung

1. Am 3. November 1989 wurde in Genf im Rahmen der UNCTAD unter Beteiligung der EG und ihrer Mitgliedstaaten Einigung über den Abschluß eines Internationalen Jute-Übereinkommens erzielt. Es soll das Übereinkommen von 1982 ablösen und gleicht diesem Abkommen in allen wesentlichen Punkten.
2. Ziel des Übereinkommens ist es im wesentlichen, die Wettbewerbsfähigkeit von Jute und Jute-Erzeugnissen zu stärken sowie Produktion, Ausfuhr und Einfuhr den Marktmöglichkeiten entsprechend zu verbessern und auszubauen. Dies soll durch Projekte in den Bereichen Forschung, Entwicklung, Marktförderung und Kostensenkung sowie durch Informationsaustausch und Erörterung wichtiger Fragen im Zusammenhang mit Jute und Jute-Erzeugnissen im Internationalen Juterat geschehen. Das Übereinkommen enthält keine Maßnahmen im Sinne von Marktinterventionen (wie z.B. zentrale Ausgleichslager).
3. Da das Übereinkommen der Förderung von Juteprojekten und der Marktbeobachtung dient, aber keine preisstabilisierenden Maßnahmen vorsieht, hat es keine Auswirkungen auf Einzelpreise und Verbraucherpreisniveaus in der Bundesrepublik Deutschland.
4. Die beteiligten Ressorts sind der Auffassung, daß die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen ihrer Politik zur Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern, speziell auf dem Rohstoffsektor, zusammen mit anderen EG-Ländern und der EG selbst am Jute-Übereinkommen teilnehmen sollte, auch wenn kein spezifisches wirtschaftliches Interesse an einer deutschen Teilnahme besteht.
5. Die von der Bundesrepublik Deutschland zu tragenden Kosten bestehen in einem jährlichen Beitrag (z.Zt. ca. 23.000 DM) zum Verwaltungshaushalt des Übereinkommens. Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Übereinkommens nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Der Sitz der Internationalen Jute-Organisation bleibt Dhaka/Bangladesch.

6. Das Übereinkommen bedarf nur hinsichtlich des Artikels 17 (Vorrechte und Immunitäten der Internationalen Jute-Organisation) der Umsetzung in innerstaatliches Recht. Die Umsetzung erfolgt durch eine Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 22. Juni 1954 über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen und über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an andere zwischenstaatliche Organisationen (BGBl. 1954 II S. 639), der durch das Gesetz vom 16. August 1980 (BGBl. 1980 II S. 941) neu gefaßt wurde.

7. Zu § 1:

Nach Artikel 17 Abs. 1 des Übereinkommens sind die Vertragsstaaten verpflichtet, der Internationalen Jute-Organisation Rechtspersönlichkeit zu verleihen. Diese Bestimmung hat im Hinblick auf die Außenwirkungen der Rechtsfähigkeit im Rechtsverkehr normative Wirkung und bedarf daher der Umsetzung in innerstaatliches Recht.

In § 1 ist auch die Veröffentlichung des Übereinkommens vorgesehen.

Zu § 2:

Diese Bestimmung entspricht in ihrem Absatz 1 dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes. Sie regelt das Inkrafttreten der Verordnung zu dem Zeitpunkt, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 40 für die Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlich verbindlich wird. Sie regelt ferner das Außerkrafttreten der Verordnung.

Übersetzung

105 - 411.52 - 90/0513

Vert.

ALLGEMEIN

TD/JUTE.2/6

13. November 1989

Original: ENGLISCH

KONFERENZ DER VEREINTEN NATIONEN FÜR HANDEL UND
ENTWICKLUNG

KONFERENZ DER VEREINTEN NATIONEN VON 1989 ÜBER JUTE UND
JUTE-ERZEUGNISSE

INTERNATIONALES ÜBEREINKOMMEN VON 1989
ÜBER JUTE UND JUTE-ERZEUGNISSE

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
Präambel	9
KAPITEL I: ZIELSETZUNG	11
Artikel 1 Zielsetzung	11
KAPITEL II: BEGRIFFSBESTIMMUNGEN.....	13
Artikel 2 Begriffsbestimmungen	13
KAPITEL III: ORGANISATION UND VERWALTUNG.....	15
Artikel 3 Sitz, Aufbau und Fortbestand der Internationalen Jute-Organisation	15
Artikel 4 Mitgliedschaft in der Organisation	15
Artikel 5 Mitgliedschaft zwischenstaatlicher Organisationen	16
KAPITEL IV: INTERNATIONALER JUTERAT.....	17
Artikel 6 Zusammensetzung des Internationalen Juterats	17
Artikel 7 Befugnisse und Aufgaben des Rates	17
Artikel 8 Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des Rates	18
Artikel 9 Tagungen des Rates	18
Artikel 10 Verteilung der Stimmen	19
Artikel 11 Abstimmungsverfahren des Rates	20
Artikel 12 Beschlüsse und Empfehlungen des Rates	21
Artikel 13 Beschlußfähigkeit des Rates	22
Artikel 14 Zusammenarbeit mit anderen Organi- sationen	22
Artikel 15 Zulassung von Beobachtern	23
Artikel 16 Exekutivdirektor und Personal.....	23
KAPITEL V: VORRECHTE UND IMMUNITÄTEN.....	25
Artikel 17 Vorrechte und Immunitäten	25
KAPITEL VI: FINANZFRAGEN	27
Artikel 18 Finanzkonten	27

Artikel 19	Formen der Zahlung	27
Artikel 20	Rechnungsprüfung und Veröffentlichung der Rechnungslegung	27
Artikel 21	Verwaltungskonto	28
Artikel 22	Sonderkonto	30
KAPITEL VII: BEZIEHUNGEN ZUM GEMEINSAMEN FONDS FÜR ROHSTOFFE		32
Artikel 23:	Beziehungen zum Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe	32
KAPITEL VIII: GESCHÄFTSTÄTIGKEIT		33
Artikel 24	Projekte	33
Artikel 25	Forschung und Entwicklung	34
Artikel 26	Marktförderung	34
Artikel 27	Kostensenkung	35
Artikel 28	Kriterien für die Genehmigung von Projekten	35
Artikel 29	Projektausschuß	36
KAPITEL IX: ERÖRTERUNG WICHTIGER FRAGEN BETREFFEND JUTE UND JUTE-ERZEUGNISSE		37
Artikel 30	Stabilisierung, Wettbewerb mit Kunststoffen und andere Fragen	37
KAPITEL X: STATISTIK, UNTERSUCHUNGEN		38
UND INFORMATION		38
Artikel 31	Statistik, Untersuchungen und Information	38
Artikel 32	Jahresbericht sowie Bericht über Bewertung und Überprüfung	38
KAPITEL XI: VERSCHIEDENE BESTIMMUNGEN		40
Artikel 33	Beschwerden und Streitigkeiten	40
Artikel 34	Allgemeine Verpflichtungen der Mitglieder	40
Artikel 35	Befreiung von Verpflichtungen	40
Artikel 36	Differenzierte Maßnahmen und Abhilfe- maßnahmen	41

KAPITEL XII: SCHLUSSBESTIMMUNGEN.....	42
Artikel 37 Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme und Genehmigung	42
Artikel 38 Verwahrer	42
Artikel 39 Notifikation der vorläufigen An- wendung	42
Artikel 40 Inkrafttreten	43
Artikel 41 Beitritt	44
Artikel 42 Änderungen	45
Artikel 43 Rücktritt	46
Artikel 44 Ausschluß	46
Artikel 45 Kontenabrechnung mit zurücktretenden oder ausgeschlossenen Mitgliedern oder Mitgliedern, die nicht in der Lage sind, eine Änderung anzunehmen	46
Artikel 46 Geltungsdauer, Verlängerung und Außer- kraftsetzung	47
Artikel 47 Vorbehalte	48

ANLAGEN

- Anlage A Anteile der einzelnen Ausfuhrländer an den Gesamtnettoaus-
 fuhren von Jute und Jute-Erzeugnissen der Länder, die an
 der Konferenz der Vereinten Nationen von 1989 über Jute
 und Jute-Erzeugnisse teilgenommen haben, wie sie für die
 Zwecke des Artikels 40 festgesetzt sind
- Anlage B Anteile der einzelnen Einfuhrländer und -ländergruppen an
 den Gesamtnettoeinfuhren von Jute und Jute-Erzeugnissen
 der Länder, die an der Konferenz der Vereinten Nationen
 von 1989 über Jute und Jute-Erzeugnisse teilgenommen haben,
 wie sie für die Zwecke des Artikels 40 festgesetzt sind

INTERNATIONALES ÜBEREINKOMMEN VON 1989 ÜBER JUTE
UND JUTE-ERZEUGNISSE

PRÄAMBEL

Die Vertragsparteien dieses Übereinkommens -

eingedenk der Erklärung und des Aktionsprogramms über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung¹,

eingedenk der von der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung auf ihrer vierten, fünften und sechsten Tagung angenommenen Entschlüsse 93 (IV), 124 (V) und 155 (VI) über das Integrierte Rohstoffprogramm sowie des Kapitels II Abschnitt B der Schlußakte von UNCTAD VII

sowie eingedenk des wesentlichen neuen Aktionsprogramms für die achtziger Jahre für die am wenigsten entwickelten Länder und insbesondere seines Absatzes 82²,

in Erkenntnis der Bedeutung der Jute und der Jute-Erzeugnisse für die Wirtschaft vieler in der Entwicklung befindlicher Ausfuhrländer,

in der Erwägung, daß eine enge internationale Zusammenarbeit bei der Lösung der Probleme, die dieser Rohstoff aufwirft, die wirtschaftliche Entwicklung der Ausfuhrländer fördern und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ausfuhr- und Einfuhrländern stärken wird,

1 Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) der Generalversammlung vom 1. Mai 1974

2 siehe "Report of the United Nations Conference on the Least Developed Countries" (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Verkaufsnummer E. 82.I.8), Teil 1, Abschnitt A

in der Erwägung, daß das Internationale Übereinkommen von 1982 über Jute und Jute-Erzeugnisse zu dieser Zusammenarbeit zwischen Ausfuhr- und Einfuhrländern einen bedeutenden Beitrag geleistet hat -

sind wie folgt übereingekommen:

KAPITEL I - ZIELSETZUNG

Artikel 1 Zielsetzung

(1) Zum Nutzen sowohl der Ausfuhr- als auch der Einfuhrmitglieder und im Hinblick auf die Erreichung der von der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung in ihren Entschlüssen 93 (IV), 124 (V) und 155 (VI) über das Integrierte Rohstoffprogramm angenommenen einschlägigen Ziele sowie unter Berücksichtigung ihrer Entschlußung 98 (IV) und des Kapitels II Abschnitt B der Schlußakte von UNCTAD VII bestehen die Ziele des Internationalen Übereinkommens von 1989 über Jute und Jute-Erzeugnisse (im folgenden als "dieses Übereinkommen" bezeichnet) darin,

- a) einen wirksamen Rahmen für Zusammenarbeit und Konsultationen zwischen Ausfuhr- und Einfuhrmitgliedern in Fragen der Entwicklung der Jutewirtschaft zu schaffen,
- b) die Ausweitung und Diversifizierung des internationalen Handels mit Jute und Jute-Erzeugnissen zu fördern,
- c) die strukturellen Merkmale des Jutemarkts zu verbessern,
- d) Umweltgesichtspunkte im Rahmen der Tätigkeit der Organisation gebührend zu berücksichtigen, insbesondere dadurch, daß das Bewußtsein für die Vorteile der Verwendung von Jute als Naturerzeugnis geweckt wird,
- e) die Wettbewerbsfähigkeit der Jute und der Jute-Erzeugnisse zu stärken,
- f) die vorhandenen Märkte zu erhalten und auszuweiten sowie neue Märkte für Jute und Jute-Erzeugnisse zu erschließen,
- g) die Marktinformation zu verbessern, um eine größere Transparenz des internationalen Jutemarkts zu gewährleisten,
- h) neue Endverwendungszwecke für Jute einschließlich neuer Jute-Erzeugnisse zu entwickeln, um die Nachfrage nach Jute zu steigern,

- i) eine vermehrte und differenziertere Verarbeitung von Jute und Jute-Erzeugnissen sowohl in den Einfuhr- als auch in den Ausfuhrländern zu fördern,
 - j) die Produktion von Jute auszubauen, um unter anderem die Erträge und die Qualität zum Nutzen der Einfuhr- und Ausfuhrländer zu verbessern,
 - k) die Produktion von Jute-Erzeugnissen auszubauen, um unter anderem die Qualität zu verbessern und die Produktionskosten zu senken,
 - l) die Produktion, Ausfuhr und Einfuhr von Jute und Jute-Erzeugnissen mengenmäßig auszubauen, um den Erfordernissen von Angebot und Nachfrage in der Welt zu entsprechen.
- (2) Die in Absatz 1 genannten Ziele sollen insbesondere durch folgende Mittel erreicht werden:
- a) Forschungs- und Entwicklungsprojekte, Marktförderung und Kostensenkung, einschließlich der Erschließung des Arbeitskräftepotentials,
 - b) Sammlung und Verbreitung von Informationen einschließlich Marktinformationen über Jute und Jute-Erzeugnisse,
 - c) Erörterung wichtiger Fragen im Zusammenhang mit Jute und Jute-Erzeugnissen wie der Frage der Stabilisierung der Preise und der Versorgung sowie der Frage des Wettbewerbs mit Kunststoffen und Ersatzerzeugnissen,
 - d) Durchführung von Untersuchungen über die Trends im Hinblick auf die kurz- und langfristigen Probleme der Welt-Jutewirtschaft.

KAPITEL II - BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Übereinkommens

1. bedeutet "Jute" Rohjute, Kenaf und andere verwandte Fasern, einschließlich Urena Lobata, Abutilon Avicennae und Cephalonema Polyandrum;
2. bedeutet "Jute-Erzeugnisse" vollständig oder fast vollständig aus Jute hergestellte Erzeugnisse oder Erzeugnisse, deren gewichtsmäßig größter Bestandteil Jute ist;
3. bedeutet "Mitglied" eine Regierung oder eine in Artikel 5 vorgesehene zwischenstaatliche Organisation, die zugestimmt hat, durch dieses Übereinkommen vorläufig oder endgültig gebunden zu sein;
4. bedeutet "Ausfuhrmitglied" ein Mitglied, dessen Ausfuhr von Jute und Jute-Erzeugnissen seine Einfuhr von Jute und Jute-Erzeugnissen übersteigt und das sich zum Ausfuhrmitglied erklärt hat;
5. bedeutet "Einfuhrmitglied" ein Mitglied, dessen Einfuhr von Jute und Jute-Erzeugnissen seine Ausfuhr von Jute und Jute-Erzeugnissen übersteigt und das sich zum Einfuhrmitglied erklärt hat;
6. bedeutet "Organisation" die in Artikel 3 genannte Internationale Jute-Organisation;
7. bedeutet "Rat" den nach Artikel 6 errichteten Internationalen Juterat;
8. bedeutet "besondere Abstimmung" eine Abstimmung, die mindestens zwei Drittel der von den anwesenden und abstimmenden Ausfuhrmitgliedern abgegebenen und mindestens zwei Drittel der von den

anwesenden und abstimmenden Einfuhrmitgliedern abgegebenen und getrennt gezählten Stimmen erfordert, unter der Voraussetzung, daß diese Stimmen von der Mehrheit der Ausfuhrmitglieder und von mindestens vier anwesenden und abstimmenden Einfuhrmitgliedern abgegeben werden;

9. bedeutet "Abstimmung mit einfacher beiderseitiger Mehrheit" eine Abstimmung, die mehr als die Hälfte der Gesamtstimmen der anwesenden und abstimmenden Ausfuhrmitglieder und mehr als die Hälfte der Gesamtstimmen der anwesenden und abstimmenden Einfuhrmitglieder, die getrennt gezählt werden, erfordert. Die für die Ausfuhrmitglieder erforderlichen Stimmen müssen von der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Ausfuhrmitglieder abgegeben werden;
10. bedeutet "Rechnungsjahr" den Zeitabschnitt vom 1. Juli bis 30. Juni;
11. bedeutet "Jutejahr" den Zeitabschnitt vom 1. Juli bis 30. Juni;
12. bedeutet "Gastregierung" die Regierung des Landes, in dem sich der Sitz der Organisation befindet;
13. bedeuten "Jute-Ausfuhren" und "Ausfuhren von Jute-Erzeugnissen" jede Jute oder jedes Jute-Erzeugnis, die aus dem Zollgebiet eines Mitglieds verbracht werden, und "Jute-Einfuhren" oder "Einfuhren von Jute-Erzeugnissen" jede Jute oder jedes Jute-Erzeugnis, die in das Zollgebiet eines Mitglieds verbracht werden; dabei bezieht sich der Ausdruck Zollgebiet im Sinne dieser Begriffsbestimmungen im Fall eines Mitglieds, das mehr als ein Zollgebiet umfaßt, auf die Gesamtheit seiner Zollgebiete;
14. bedeutet "frei verwendbare Währungen" die Deutsche Mark, den Französischen Franc, den Japanischen Yen, das Pfund Sterling, den US-Dollar oder jede andere Währung, die nach periodischer Feststellung einer zuständigen internationalen Währungsorganisation bei Zahlungen für internationale Geschäfte verbreitet Verwendung findet und auf den wichtigsten Devisenmärkten stark gehandelt wird.

KAPITEL III - ORGANISATION UND VERWALTUNG

Artikel 3

Sitz, Aufbau und Fortbestand der Internationalen Jute-Organisation

- (1) Die aufgrund des Internationalen Übereinkommens von 1982 über Jute und Jute-Erzeugnisse errichtete Internationale Jute-Organisation besteht zu dem Zweck fort, dieses Übereinkommen durchzuführen und seine Anwendung zu überwachen.
- (2) Die Organisation übt ihre Tätigkeit durch den Internationalen Juterat und den Projektausschuß als ständige Organe sowie den Exekutivdirektor und das Personal aus. Der Rat kann durch besondere Abstimmung für bestimmte Zwecke Ausschüsse und Arbeitsgruppen mit fest umrissenen Aufgabengebieten einsetzen.
- (3) Der Sitz der Organisation befindet sich in Dhaka, Bangladesch.
- (4) Der Sitz der Organisation befindet sich stets im Hoheitsgebiet eines Mitglieds.

Artikel 4

Mitgliedschaft in der Organisation

- (1) Es gibt zwei Kategorien von Mitgliedern der Organisation, nämlich
 - a) Ausfuhrmitglieder und
 - b) Einfuhrmitglieder.
- (2) Ein Mitglied kann seine Mitgliederkategorie unter vom Rat festgelegten Bedingungen wechseln.

Artikel 5

Mitgliedschaft zwischenstaatlicher Organisationen

(1) Jede Bezugnahme in diesem Übereinkommen auf "Regierungen" gilt gleichzeitig als Bezugnahme auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und jede andere zwischenstaatliche Organisation, die in bezug auf das Aushandeln, den Abschluß und die Anwendung internationaler Übereinkünfte, insbesondere von Grundstoffübereinkommen, Verantwortung hat. Entsprechend gilt jede Bezugnahme in diesem Übereinkommen auf die Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme oder Genehmigung oder auf die Notifikation der vorläufigen Anwendung oder auf den Beitritt hinsichtlich einer solchen zwischenstaatlichen Organisation gleichzeitig als Bezugnahme auf die Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme oder Genehmigung oder auf die Notifikation der vorläufigen Anwendung oder auf den Beitritt durch die zwischenstaatliche Organisation.

(2) Bei einer Abstimmung über Angelegenheiten, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, geben diese zwischenstaatlichen Organisationen die Anzahl von Stimmen ab, die der Gesamtzahl der ihren Mitgliedstaaten nach Artikel 10 zuerkannten Stimmen gleich ist. In solchen Fällen dürfen die Mitgliedstaaten der zwischenstaatlichen Organisationen ihr Einzelstimmrecht nicht ausüben.

KAPITEL IV - INTERNATIONALER JUTERAT

Artikel 6

Zusammensetzung des Internationalen Juterats

- (1) Der Internationale Juterat, der sich aus allen Mitgliedern der Organisation zusammensetzt, ist die höchste Instanz der Organisation.
- (2) Jedes Mitglied ist im Rat durch einen Delegierten vertreten und kann Stellvertreter und Berater zur Teilnahme an den Tagungen des Rates benennen.
- (3) Ein Stellvertreter ist ermächtigt, für den Delegierten während dessen Abwesenheit oder unter besonderen Umständen zu handeln und abzustimmen.

Artikel 7

Befugnisse und Aufgaben des Rates

- (1) Der Rat übt alle Befugnisse aus und übernimmt oder veranlaßt die Wahrnehmung aller Aufgaben, die zur Durchführung dieses Übereinkommens erforderlich sind.
- (2) Der Rat nimmt durch besondere Abstimmung die zur Durchführung dieses Übereinkommens notwendigen und mit diesem in Einklang stehenden Vorschriften einschließlich seiner Geschäftsordnung sowie der Finanzordnung und der Personalvorschriften der Organisation an. Diese Finanzordnung bestimmt unter anderem die Entgegennahme und Ausgabe von Mitteln im Rahmen des Verwaltungs- und des Sonderkontos. Der Rat kann in seiner Geschäftsordnung ein Verfahren vorsehen, wonach er bestimmte Fragen ohne Sitzung entscheiden kann.
- (3) Der Rat führt die Unterlagen, die zur Wahrnehmung seiner Aufgaben nach diesem Übereinkommen erforderlich sind.

Artikel 8

Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des Rates

(1) Der Rat wählt für jedes Jutejahr einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden, die nicht von der Organisation besoldet werden.

(2) Der Vorsitzende wird aus der Mitte der Vertreter der Ausfuhrmitglieder und der stellvertretende Vorsitzende aus der Mitte der Einfuhrmitglieder gewählt oder umgekehrt. Diese Ämter wechseln jedes Jahr zwischen den beiden Mitgliederkategorien; jedoch schließt dies nicht aus, daß einer oder beide unter außergewöhnlichen Umständen durch besondere Abstimmung des Rates wiedergewählt werden.

(3) Bei vorübergehender Abwesenheit des Vorsitzenden tritt der stellvertretende Vorsitzende an seine Stelle. Bei vorübergehender Abwesenheit des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden oder bei ständiger Abwesenheit eines oder beider kann der Rat aus der Mitte der Vertreter der Ausfuhrmitglieder und/oder aus der Mitte der Vertreter der Einfuhrmitglieder je nach den Umständen für eine vorübergehende oder ständige Tätigkeit neue Vorstandsmitglieder wählen.

Artikel 9

Tagungen des Rates

(1) Der Rat hält grundsätzlich in jedem halben Jutejahr eine ordentliche Tagung ab.

(2) Der Rat tritt zu außerordentlichen Tagungen zusammen, wenn er dies beschließt oder wenn es

- a) vom Exekutivdirektor mit Zustimmung des Vorsitzenden des Rates,

- b) von der Mehrheit der Ausfuhrmitglieder oder der Mehrheit der Einfuhrmitglieder oder
- c) von Mitgliedern, die mindestens 500 Stimmen innehaben, beantragt wird.

(3) Die Tagungen des Rates finden am Sitz der Organisation statt, sofern nicht der Rat durch besondere Abstimmung etwas anderes beschließt. Tagt der Rat auf Einladung eines Mitglieds an einem anderen Ort als dem Sitz der Organisation, so trägt dieses Mitglied die zusätzlichen Kosten für die Abhaltung der Tagung außerhalb des Sitzes und gewährt Vorrechte und Immunitäten, die denen für ähnliche internationale Konferenzen vergleichbar sind.

(4) Die Ankündigung einer Tagung und deren Tagesordnung mit den darin genannten Unterlagen werden den Mitgliedern vom Exekutivdirektor spätestens 30 Tage im voraus übermittelt, außer in dringenden Fällen, in denen die Ankündigung spätestens sieben Tage im voraus übermittelt werden muß.

Artikel 10

Verteilung der Stimmen

(1) Die Ausfuhrmitglieder und die Einfuhrmitglieder haben insgesamt jeweils 1 000 Stimmen.

(2) Die Stimmen der Ausfuhrmitglieder verteilen sich wie folgt: 150 Stimmen werden gleichmäßig auf alle Ausfuhrmitglieder verteilt, wobei Teilstimmen für jedes Mitglied auf ganze Stimmen auf- oder abgerundet werden; die verbleibenden Stimmen werden im Verhältnis der Durchschnittsmenge ihrer Nettoausfuhren an Jute und Jute-Erzeugnissen während der vorausgegangenen drei Jutejahre verteilt; jedoch darf ein Ausfuhrmitglied höchstens 450 Stimmen haben. Die über die Höchstzahl hinausgehenden

Stimmen werden auf alle Ausfuhrmitglieder mit jeweils weniger als 250 Stimmen entsprechend ihren Anteilen am Handel verteilt.

(3) Die Stimmen der Einfuhrmitglieder verteilen sich wie folgt: Jedes Einfuhrmitglied erhält bis zu fünf Grundstimmen; jedoch darf die Gesamtzahl der Grundstimmen 150 nicht übersteigen. Die verbleibenden Stimmen werden im Verhältnis der jährlichen Durchschnittsmenge ihrer Nettoeinfuhren an Jute und Jute-Erzeugnissen während des Zeitabschnitts von drei Jahren, der vier Kalenderjahre vor der Verteilung der Stimmen beginnt, verteilt.

(4) Der Rat verteilt die Stimmen für jedes Rechnungsjahr zu Beginn der ersten Tagung des betreffenden Jahres im Einklang mit diesem Artikel. Die Verteilung bleibt für den Rest dieses Jahres wirksam, sofern nicht in Absatz 5 etwas anderes bestimmt ist.

(5) Sobald sich die Mitgliedschaft in der Organisation ändert oder sobald das Stimmrecht eines Mitglieds aufgrund einer Bestimmung dieses Übereinkommens zeitweilig entzogen oder zurückgegeben wird, verteilt der Rat die Stimmen innerhalb der betroffenen Kategorie oder Kategorien von Mitgliedern im Einklang mit diesem Artikel neu. Der Rat bestimmt den Zeitpunkt, zu dem die Neuverteilung der Stimmen wirksam wird.

(6) Teilstimmen sind nicht zulässig.

(7) Beim Auf- oder Abrunden auf ganze Stimmen wird jeder Bruchteil von weniger als 0,5 ab- und jeder Bruchteil von 0,5 und mehr aufgerundet.

Artikel 11

Abstimmungsverfahren des Rates

(1) Jedes Mitglied ist berechtigt, die Anzahl der ihm zustehenden Stimmen abzugeben; ein Mitglied ist nicht berechtigt, seine Stimmen zu teilen. Es kann jedoch mit den Stimmen, zu deren Abgabe es nach Absatz 2 ermächtigt ist, anders stimmen.

(2) Durch eine schriftliche Notifikation an den Vorsitzenden des Rates kann jedes Ausfuhrmitglied ein anderes Ausfuhrmitglied und jedes Einfuhrmitglied ein anderes Einfuhrmitglied ermächtigen, auf einer Sitzung oder Tagung des Rates seine Interessen zu vertreten und seine Stimmen abzugeben.

(3) Ein von einem anderen Mitglied zur Abgabe der dem ermächtigenden Mitglied nach Artikel 10 zustehenden Stimmen ermächtigtes Mitglied gibt diese Stimmen entsprechend den Weisungen des ermächtigenden Mitglieds ab.

(4) Enthält ein Mitglied sich der Stimme, so gelten seine Stimmen als nicht abgegeben.

Artikel 12

Beschlüsse und Empfehlungen des Rates

(1) Der Rat bemüht sich, alle Beschlüsse im Konsens zu fassen und alle Empfehlungen in der gleichen Weise abzugeben. Kommt ein Konsens nicht zustande, so werden, sofern dieses Übereinkommen nicht eine besondere Abstimmung vorsieht, alle Beschlüsse des Rates mit einfacher beiderseitiger Mehrheit gefaßt; Empfehlungen werden in der gleichen Weise abgegeben.

(2) Nimmt ein Mitglied Artikel 11 Absatz 2 in Anspruch und werden seine Stimmen auf einer Sitzung des Rates abgegeben, so gilt es für die Zwecke des Absatzes 1 als anwesend und abstimmend.

(3) Alle Beschlüsse und Empfehlungen des Rates müssen mit diesem Übereinkommen vereinbar sein.

Artikel 13

Beschlußfähigkeit des Rates

(1) Der Rat ist auf einer Sitzung beschlußfähig, wenn die Mehrheit der Ausfuhrmitglieder und die Mehrheit der Einfuhrmitglieder anwesend ist; jedoch müssen diese Mitglieder mindestens zwei Drittel der Gesamtstimmen in ihrer Kategorie innehaben.

(2) Ist der Rat an dem für die Sitzung festgesetzten Tag und am folgenden Tag nicht nach Absatz 1 beschlußfähig, so ist er am dritten Tag und danach beschlußfähig, wenn die Mehrheit der Ausfuhrmitglieder und die Mehrheit der Einfuhrmitglieder anwesend ist; jedoch müssen diese Mitglieder die Mehrheit der Gesamtstimmen in ihrer Kategorie innehaben.

(3) Eine Vertretung nach Artikel 11 Absatz 2 gilt als Anwesenheit.

Artikel 14

Zusammenarbeit mit anderen Organisationen

(1) Der Rat trifft alle geeigneten Maßnahmen zur Konsultation oder Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, ihren Sonderorganisationen, z.B. der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen und der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung, ihren Nebenorganen, z.B. der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, dem Internationalen Handelszentrum UNCTAD/GATT und dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen, sowie anderen in Betracht kommenden zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen.

(2) Die Organisation wird, soweit irgend möglich, die Einrichtungen, Dienste und Sachkenntnisse der in Absatz 1 genannten Gremien nutzen, um Doppelarbeit bei der Erreichung der Ziele dieses Übereinkommens zu vermeiden und die gegenseitige Ergänzung sowie die Wirksamkeit ihrer Tätigkeit zu verstärken.

- (3) Der Rat hält die UNCTAD unter Berücksichtigung ihrer besonderen Bedeutung im internationalen Rohstoffhandel in angemessener Weise über seine Tätigkeit und seine Arbeitsprogramme auf dem laufenden.

Artikel 15

Zulassung von Beobachtern

Der Rat kann jeden Nichtmitgliedstaat oder jede der in Artikel 14 bezeichneten und mit dem internationalen Handel mit Jute und Jute-Erzeugnissen oder mit der Jute-Industrie befaßten Organisationen einladen, den Sitzungen des Rates als Beobachter beizuwohnen.

Artikel 16

Exekutivdirektor und Personal

- (1) Der Rat ernennt durch besondere Abstimmung den Exekutivdirektor.
- (2) Die Anstellungsbedingungen des Exekutivdirektors werden im Rahmen der Geschäftsordnung des Rates bestimmt.
- (3) Der Exekutivdirektor ist der oberste Verwaltungsbeamte der Organisation; er ist dem Rat für die Anwendung und Durchführung dieses Übereinkommens in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Rates verantwortlich.
- (4) Der Exekutivdirektor ernennt das Personal nach den vom Rat festgesetzten Vorschriften. Der Rat beschließt durch besondere Abstimmung die Zahl des geschäftsführenden, des leitenden und des für allgemeine Dienste vorgesehenen Personals, das der Exekutivdirektor ernennen kann. Veränderungen in der Zahl der Dienstposten werden vom Rat durch besondere Abstimmung beschlossen. Das Personal ist dem Exekutivdirektor verantwortlich.

(5) Weder der Exekutivdirektor noch ein Mitglied des Personals dürfen ein finanzielles Interesse an der Jute-Industrie oder dem Jutehandel oder damit zusammenhängenden kommerziellen Tätigkeiten haben.

(6) Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben dürfen der Exekutivdirektor und das sonstige Personal von keinem Mitglied und von keiner Stelle außerhalb der Organisation Weisungen einholen oder entgegennehmen. Sie haben alle Handlungen zu unterlassen, die ihre Stellung als internationale Bedienstete, die letztlich dem Rat verantwortlich sind, beeinträchtigen könnten. Jedes Mitglied achtet den ausschließlich internationalen Charakter der Obliegenheiten des Exekutivdirektors und des sonstigen Personals und versucht nicht, sie bei der Wahrnehmung ihrer Obliegenheiten zu beeinflussen.

KAPITEL V - VORRECHTE UND IMMUNITÄTEN

Artikel 17

Vorrechte und Immunitäten

- (1) Die Organisation besitzt Rechtspersönlichkeit. Sie hat insbesondere die Fähigkeit, Verträge zu schließen, bewegliches und unbewegliches Vermögen zu erwerben und darüber zu verfügen sowie vor Gericht zu stehen.
- (2) Die Organisation übt ihre Tätigkeit weiterhin nach dem Sitzabkommen mit der Gastregierung aus (dies ist die Regierung von Bangladesch, wo sich der Sitz der Organisation gegenwärtig befindet). Das Sitzabkommen mit der Gastregierung bezieht sich auf Fragen wie Rechtsstellung, Vorrechte und Immunitäten der Organisation, ihres Exekutivdirektors, ihres Personals und ihrer Sachverständigen sowie der Delegationen der Mitglieder, die normalerweise für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich sind.
- (3) Wird der Sitz der Organisation in ein anderes Land verlegt, das Mitglied der Organisation ist, so schließt das Mitglied so bald wie möglich mit der Organisation ein vom Rat zu genehmigendes Sitzabkommen.
- (4) Bis zum Abschluß des in Absatz 3 genannten Sitzabkommens ersucht die Organisation die Gastregierung, für die von der Organisation an ihre Bediensteten gezahlten Vergütungen sowie für die Guthaben, Einkünfte und sonstigen Vermögenswerte der Organisation im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Befreiung von der Besteuerung zu gewähren.
- (5) Die Organisation kann mit einem oder mehreren Ländern vom Rat zu genehmigende Übereinkünfte über die Vorrechte und Immunitäten schließen, die für die ordnungsgemäße Durchführung dieses Übereinkommens erforderlich sind.
- (6) Das Sitzabkommen ist von diesem Übereinkommen unabhängig. Es tritt jedoch außer Kraft,

- a) wenn dies zwischen der Gastregierung und der Organisation vereinbart wird,
- b) wenn der Sitz der Organisation aus dem Land der Gastregierung verlegt wird oder
- c) wenn die Organisation zu bestehen aufhört.

KAPITEL VI - FINANZFRAGEN

Artikel 18 Finanzkonten

- (1) Es werden zwei Konten eingerichtet,
 - a) das Verwaltungskonto und
 - b) das Sonderkonto.
- (2) Der Exekutivdirektor ist für die Verwaltung dieser Konten verantwortlich; der Rat trifft die dafür erforderlichen Vorkehrungen in seiner Geschäftsordnung.

Artikel 19 Formen der Zahlung

- (1) Die Beiträge zum Verwaltungskonto sind in frei verwendbaren Währungen zahlbar und von Devisenbeschränkungen befreit.
- (2) Die finanziellen Beiträge zum Sonderkonto sind in frei verwendbaren Währungen zahlbar und von Devisenbeschränkungen befreit.
- (3) Der Rat kann auch beschließen, zur Deckung des Bedarfs für genehmigte Vorhaben andere Formen von Beiträgen zum Sonderkonto anzunehmen, einschließlich wissenschaftlicher und technischer Ausrüstungen oder Arbeitskräfte.

Artikel 20 Rechnungsprüfung und Veröffentlichung der Rechnungslegung

- (1) Der Rat ernannt Revisoren für die Prüfung seiner Geschäftsbücher.

(2) Eine von unabhängigen Bücherrevisoren geprüfte Abrechnung des Verwaltungskontos und des Sonderkontos wird den Mitgliedern so bald wie möglich nach Abschluß jedes Jutejahrs, spätestens jedoch sechs Monate danach, zur Verfügung gestellt und in geeigneter Weise geprüft, damit sie vom Rat auf seiner nächsten Tagung genehmigt werden kann. Eine Kurzfassung der geprüften Konten und der geprüften Bilanz wird danach veröffentlicht.

Artikel 21 Verwaltungskonto

(1) Die für die Anwendung dieses Übereinkommens erforderlichen Ausgaben laufen über das Verwaltungskonto; sie werden aus den nach den Absätzen 3, 4 und 5 festgesetzten Jahresbeiträgen der Mitglieder nach Maßgabe ihrer verfassungsrechtlichen oder institutionellen Verfahren bestritten.

(2) Die Ausgaben für die Delegationen beim Rat, beim Projektausschuß und bei den in Artikel 3 Absatz 2 bezeichneten Ausschüssen und Arbeitsgruppen werden von den betreffenden Mitgliedern getragen. Verlangt ein Mitglied besondere Leistungen von der Organisation, so fordert der Rat das betreffende Mitglied auf, die Kosten der Leistungen zu bezahlen.

(3) Während der zweiten Hälfte jedes Rechnungsjahrs genehmigt der Rat den Verwaltungshaushalt der Organisation für das folgende Rechnungsjahr und setzt den Beitrag jedes Mitglieds zu diesem Haushalt fest.

(4) Der Beitrag jedes Mitglieds zum Verwaltungshaushalt für jedes Rechnungsjahr richtet sich nach dem Verhältnis seiner Stimmenzahl im Zeitpunkt der Genehmigung des Verwaltungshaushalts für das betreffende Jahr zur Gesamtstimmenzahl aller Mitglieder. Bei der Festsetzung der Beiträge werden die Stimmen jedes Mitglieds so berechnet, daß der zeitweilige Entzug des Stimmrechts eines Mitglieds und die sich daraus ergebende Neuverteilung der Stimmen außer Betracht bleiben.

- (5) Den ersten Beitrag eines Mitglieds, das der Organisation nach dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens beitrifft, setzt der Rat auf der Grundlage der diesem Mitglied zustehenden Stimmenzahl und des für das laufende Rechnungsjahr verbleibenden Zeitabschnitts fest; die für das laufende Rechnungsjahr für die anderen Mitglieder festgesetzten Beiträge werden jedoch dadurch nicht geändert.
- (6) Die Beiträge zum Verwaltungshaushalt sind am ersten Tag jedes Rechnungsjahrs zu zahlen. Beiträge von Mitgliedern für das Rechnungsjahr, in dem sie der Organisation beitreten, sind an dem Tag zu zahlen, an dem sie Mitglieder werden.
- (7) Hat ein Mitglied seinen vollen Beitrag zum Verwaltungshaushalt nicht binnen vier Monaten nach Fälligkeit gemäß Absatz 6 gezahlt, so ersucht der Exekutivdirektor das Mitglied, die Zahlung so bald wie möglich zu leisten. Hat das Mitglied seinen Beitrag binnen zwei Monaten nach diesem Ersuchen noch nicht gezahlt, so wird es aufgefordert, die Gründe für seine Zahlungsunfähigkeit zu nennen. Hat das Mitglied nach Ablauf von sieben Monaten nach Fälligkeit seinen Beitrag immer noch nicht gezahlt, so wird ihm sein Stimmrecht zeitweilig entzogen und auf den verspätet eingegangenen Beitrag eine Zinsgebühr zu dem von der Zentralbank des Gastlands angewendeten Satz erhoben, bis es seinen vollen Beitrag gezahlt hat, sofern der Rat nicht durch besondere Abstimmung etwas anderes beschließt.
- (8) Ein Mitglied, dem seine Rechte nach Absatz 7 zeitweilig entzogen worden sind, bleibt insbesondere zur Zahlung seines Beitrags verpflichtet.
- (9) Der nicht ausgegebene Restbetrag des Verwaltungshaushalts eines Jahres wird den Mitgliedsregierungen im Verhältnis der ursprünglich festgelegten Beiträge gutgeschrieben und vom Beitrag für das nächste Jahr abgezogen.

Artikel 22
Sonderkonto

- (1) Im Rahmen des Sonderkontos werden zwei Unterkonten eingerichtet,
 - a) das Unterkonto Projektvorbereitung und
 - b) das Unterkonto Projekte.

- (2) Alle Ausgaben für das Unterkonto Projektvorbereitung werden aus dem Unterkonto Projekte erstattet, falls die Projekte später genehmigt und finanziert werden. Erhält der Rat binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens keine Mittel für das Unterkonto Projektvorbereitung, so überprüft er die Lage und trifft entsprechende Maßnahmen.

- (3) Alle Einnahmen im Zusammenhang mit bestimmten feststellbaren Projekten werden in das Sonderkonto eingebracht. Alle durch diese Projekte entstehenden Ausgaben, einschließlich Vergütung und Reisekosten für Berater und Sachverständige, gehen zu Lasten des Sonderkontos.

- (4) Die möglichen Finanzquellen für das Sonderkonto sind
 - a) das zweite Konto des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe,
 - b) regionale und internationale Finanzinstitutionen wie das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, die Weltbank, die Asiatische Entwicklungsbank, die Interamerikanische Entwicklungsbank, die Afrikanische Entwicklungsbank usw. und
 - c) freiwillige Beiträge.

- (5) Der Rat legt durch besondere Abstimmung Bedingungen fest, zu denen er, sobald und sofern angebracht, durch Darlehen zu finanzierende Projekte fördern würde, wenn ein oder mehrere Mitglieder freiwillig alle Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten für diese Darlehen übernommen haben. Die Organisation übernimmt keine Verpflichtungen für diese Darlehen.

- (6) Der Rat kann einen Rechtsträger, einschließlich eines oder mehrerer Mitglieder, mit dessen Zustimmung benennen und unterstützen, damit er Darlehen zur Finanzierung genehmigter Projekte erhält und alle damit zusammenhängenden Verpflichtungen übernimmt, doch behält sich die Organisation das Recht vor, die Verwendung der Mittel zu überwachen und die Durchführung der so finanzierten Projekte weiterzuverfolgen. Die Organisation ist jedoch nicht für die von einzelnen Mitgliedern oder anderen Rechtsträgern erteilten Garantien verantwortlich.
- (7) Ein Mitglied haftet nicht aufgrund seiner Mitgliedschaft in der Organisation für Verbindlichkeiten, die durch die Aufnahme oder Vergabe von Krediten durch ein anderes Mitglied oder einen anderen Rechtsträger im Zusammenhang mit Projekten entstehen.
- (8) Werden der Organisation freiwillige Mittel ohne Zweckbindung angeboten, so kann der Rat diese Mittel annehmen. Sie können zur Vorbereitung von Projekten sowie für genehmigte Projekte eingesetzt werden.
- (9) Der Exekutivdirektor bemüht sich, zu vom Rat beschlossenen Bedingungen ausreichende und abgesicherte Geldmittel für vom Rat genehmigte Projekte zu erhalten.
- (10) Die Mittel des Sonderkontos dürfen nur für genehmigte Projekte oder zur Vorbereitung von Projekten verwendet werden.
- (11) Beiträge für bestimmte genehmigte Projekte dürfen nur für die Projekte verwendet werden, für die sie ursprünglich bestimmt waren, sofern nicht der Rat im Einvernehmen mit dem Beitragszahler etwas anderes beschließt. Nach Abschluß eines Projekts zahlt die Organisation jedem Beitragszahler für bestimmte Projekte die restlichen Mittel im Verhältnis seines Anteils an den ursprünglich zur Finanzierung des Projekts geleisteten Gesamtbeiträgen zurück, sofern der Beitragszahler nicht einer anderen Lösung zustimmt.
- (12) Der Rat kann gegebenenfalls die Finanzierung des Sonderkontos überprüfen.

KAPITEL VII - BEZIEHUNGEN ZUM GEMEINSAMEN FONDS FÜR ROHSTOFFE

Artikel 23

Beziehungen zum Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe

Die Organisation zieht vollen Nutzen aus den Einrichtungen des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe und schließt mit ihm gegebenenfalls auch ein beiderseits annehmbares Abkommen entsprechend den Grundsätzen, die in dem Übereinkommen zur Gründung des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe festgelegt sind.

KAPITEL VIII - GESCHÄFTSTÄTIGKEIT

Artikel 24

Projekte

- (1) Um die in Artikel 1 dargelegten Ziele zu erreichen, wird der Rat fortlaufend und entsprechend Artikel 14 Absatz 1 Projekte auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung, der Marktförderung und Kostensenkung, welche die Erschließung des Arbeitskräftepotentials einschließen können, sowie andere vom Rat genehmigte einschlägige Projekte bestimmen, ihre Vorbereitung und Durchführung veranlassen und sie im Hinblick auf ihre Wirksamkeit weiterverfolgen, überwachen und bewerten.
- (2) Der Exekutivdirektor legt dem Projektausschuß Vorschläge für die in Absatz 1 bezeichneten Projekte vor. Diese Vorschläge werden spätestens zwei Monate vor der Tagung des Ausschusses, auf der sie geprüft werden sollen, an alle Mitglieder verteilt. Aufgrund dieser Vorschläge entscheidet der Ausschuß, welche Arbeiten zur Projektvorbereitung unternommen werden sollen. Diese Vorbereitungsarbeiten werden vom Exekutivdirektor im Einklang mit vom Rat anzunehmenden Regelungen und Vorschriften veranlaßt.
- (3) Die Ergebnisse der Arbeiten zur Projektvorbereitung, einschließlich der genauen Kosten, des möglichen Nutzens, der Dauer, des Standorts und der möglichen ausführenden Stellen, werden vom Exekutivdirektor dem Ausschuß vorgelegt, nachdem sie spätestens zwei Monate vor der Tagung des Ausschusses, auf der sie geprüft werden sollen, an alle Mitglieder verteilt worden sind.
- (4) Der Ausschuß prüft die Ergebnisse der Arbeiten zur Projektvorbereitung und erteilt dem Rat Empfehlungen zu den Projekten.
- (5) Der Rat prüft die Empfehlungen und beschließt durch besondere Abstimmung über die vorgeschlagenen Projekte im Hinblick auf ihre Finanzierung nach den Artikeln 22 und 28.

- (6) Der Rat beschließt über die Rangfolge der Projekte untereinander.
- (7) Der Rat holt die Genehmigung eines Mitglieds ein, bevor er ein Projekt in dessen Hoheitsgebiet genehmigt.
- (8) Der Rat kann durch besondere Abstimmung die Förderung eines Projekts beenden.

Artikel 25

Forschung und Entwicklung

Projekte im Zusammenhang mit Forschung und Entwicklung sollen unter anderem auf folgendes gerichtet sein:

- a) Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktivität und der Faserqualität,
- b) Verbesserung der Herstellungsverfahren für vorhandene und neue Erzeugnisse,
- c) Entdeckung neuer Endverwendungszwecke und Verbesserung vorhandener Erzeugnisse,
- d) Förderung der vermehrten und differenzierteren Verarbeitung von Jute und Jute-Erzeugnissen.

Artikel 26

Marktförderung

Projekte im Zusammenhang mit der Marktförderung sollen unter anderem darauf gerichtet sein, die Märkte für vorhandene Erzeugnisse zu erhalten und auszuweiten und Märkte für neue Erzeugnisse zu finden.

Artikel 27
Kostensenkung

Die Projekte im Zusammenhang mit der Kostensenkung sollen unter anderem darauf gerichtet sein, soweit angebracht die Verfahren und Methoden in bezug auf die landwirtschaftliche Produktivität und die Faserqualität zu verbessern, die Verfahren und Methoden in bezug auf Arbeits-, Material- und Kapitalkosten in der Juteverarbeitenden Industrie zu verbessern und Informationen über die der Jutewirtschaft gegenwärtig zur Verfügung stehenden wirksamsten Verfahren und Methoden zum Nutzen der Mitglieder auszuarbeiten und auf dem neuesten Stand zu halten.

Artikel 28
Kriterien für die Genehmigung von Projekten

Der Genehmigung von Projekten durch den Rat werden folgende Kriterien zugrunde gelegt:

- a) Sie müssen die Möglichkeit bieten, jetzt oder in Zukunft mehreren Mitgliedern, von denen mindestens eines ein Ausfuhrmitglied ist, zu nutzen, und für die Jutewirtschaft insgesamt von Nutzen sein;
- b) sie müssen mit der Erhaltung oder Ausweitung des internationalen Handels mit Jute und Jute-Erzeugnissen in Zusammenhang stehen;
- c) sie müssen kurzfristig oder langfristig Aussichten auf günstige wirtschaftliche Ergebnisse in bezug auf die Kosten bieten;
- d) sie müssen dem Umfang des internationalen Handels mit Jute und Jute-Erzeugnissen entsprechen;

- e) sie müssen die allgemeine Wettbewerbsfähigkeit oder die Marktaussichten von Jute und Jute-Erzeugnissen verbessern können.

Artikel 29
Projektausschuß

(1) Hiermit wird ein Projektausschuß (im folgenden als "Ausschuß" bezeichnet) eingesetzt. Er ist dem Rat verantwortlich und arbeitet unter seiner allgemeinen Leitung.

(2) Die Teilnahme im Ausschuß steht allen Mitgliedern offen. Die Geschäftsordnung sowie die Verteilung der Stimmen und das Abstimmungsverfahren des Rates gelten sinngemäß für den Ausschuß. Der Ausschuß tritt in der Regel zweimal im Jahr zusammen. Er kann jedoch auf Ersuchen des Rates häufiger zusammentreten.

(3) Der Ausschuß hat folgende Aufgaben:

- a) Er prüft die in Artikel 24 bezeichneten Vorschläge für Projekte, begutachtet sie technisch und bewertet sie;
- b) er beschließt über Arbeiten zur Projektvorbereitung, und
- c) er erteilt dem Rat Empfehlungen in bezug auf Projekte.

KAPITEL IX - ERÖRTERUNG WICHTIGER FRAGEN
BETREFFEND JUTE UND JUTE-ERZEUGNISSE

Artikel 30

Stabilisierung, Wettbewerb mit Kunststoffen
und andere Fragen

- (1) Der Rat setzt die Erörterung der Fragen der Stabilisierung der Preise und der Versorgung bei Jute und Jute-Erzeugnissen für die Ausfuhr fort, um für diese Fragen Lösungen zu finden. Im Anschluß an eine solche Erörterung kann eine vereinbarte Lösung, die in diesem Übereinkommen nicht ausdrücklich vorgesehene Maßnahmen zur Folge hat, nur durch eine Änderung dieses Übereinkommens nach Artikel 42 durchgeführt werden.
- (2) Der Rat erörtert Fragen in bezug auf den Wettbewerb zwischen Jute und Jute-Erzeugnissen einerseits und Kunststoffen und Ersatzerzeugnissen andererseits.
- (3) Der Rat trifft Vorkehrungen für die fortlaufende Erörterung anderer wichtiger Fragen in bezug auf Jute und Jute-Erzeugnisse.

KAPITEL X - STATISTIK, UNTERSUCHUNGEN UND INFORMATION

Artikel 31

Statistik, Untersuchungen und Information

- (1) Der Rat trifft mit den in Artikel 14 Absatz 1 genannten Gremien alle geeigneten Vorkehrungen, um dazu beizutragen, daß neue und zuverlässige Daten und Informationen über alle Faktoren verfügbar sind, die einen Einfluß auf Jute und Jute-Erzeugnisse haben. Die Organisation wird alle statistischen Angaben über Produktion, Handel, Angebot, Vorräte, Verbrauch und Preise von Jute, Jute-Erzeugnissen, Kunststoffen und Ersatzerzeugnissen sammeln, ordnen und erforderlichenfalls veröffentlichen, soweit dies für die Durchführung dieses Übereinkommens notwendig ist.
- (2) Die Mitglieder legen Statistiken und Angaben innerhalb einer angemessenen Zeit und in dem größtmöglichen Umfang vor, der mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften nicht unvereinbar ist.
- (3) Der Rat veranlaßt die Durchführung von Untersuchungen über die Trends sowie die kurz- und langfristigen Probleme der Welt-Jutewirtschaft.
- (4) Der Rat stellt sicher, daß keine veröffentlichten Informationen die Vertraulichkeit der Geschäfte von Personen oder Gesellschaften beeinträchtigen, die Jute, Jute-Erzeugnisse, Kunststoffe und Ersatzerzeugnisse herstellen, bearbeiten oder vermarkten.

Artikel 32

Jahresbericht sowie Bericht über Bewertung und Überprüfung

- (1) Der Rat veröffentlicht innerhalb von sechs Monaten nach Abschluß jedes Jutejahrs einen Jahresbericht über die Tätigkeit der Organisation sowie alle anderen Informationen, die er für zweckdienlich erachtet.

(2) Der Rat bewertet und überprüft jedes Jahr die Lage und die Aussichten der Jute auf dem Weltmarkt, einschließlich des Standes des Wettbewerbs mit Kunststoffen und Ersatzerzeugnissen, und unterrichtet die Mitglieder von den Ergebnissen der Überprüfung.

(3) Die Überprüfung wird anhand der von den Mitgliedern vorgelegten Informationen über nationale Produktion, Vorräte, Ausfuhren und Einfuhren, Verbrauch und Preise von Jute, Jute-Erzeugnissen, Kunststoffen und Ersatzerzeugnissen sowie anderer Informationen durchgeführt, die dem Rat entweder unmittelbar oder durch die zuständigen Organisationen im System der Vereinten Nationen, einschließlich UNCTAD und FAO, und geeignete zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen zur Verfügung stehen.

KAPITEL XI - VERSCHIEDENE BESTIMMUNGEN

Artikel 33

Beschwerden und Streitigkeiten

Jede Beschwerde darüber, daß ein Mitglied seinen Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen nicht nachgekommen ist, und jede Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens sind dem Rat zur Entscheidung vorzulegen. Die Entscheidungen des Rates über diese Angelegenheiten sind endgültig und bindend.

Artikel 34

Allgemeine Verpflichtungen der Mitglieder

(1) Während der Laufzeit dieses Übereinkommens bemühen sich die Mitglieder nach besten Kräften, die Erreichung seiner Ziele zu fördern und Maßnahmen zu verhüten, die gegen diese Ziele gerichtet sind, und arbeiten hierbei zusammen.

(2) Die Mitglieder verpflichten sich, die Beschlüsse des Rates aufgrund dieses Übereinkommens als bindend anzuerkennen, und bemühen sich, keine Maßnahmen durchzuführen, welche diese Beschlüsse einengen oder ihnen zuwiderlaufen würden.

(3) Die sich aus der Durchführung dieses Übereinkommens ergebende Haftung der Mitglieder gegenüber der Organisation oder gegenüber Dritten ist auf den Umfang ihrer Verpflichtungen betreffend Beiträge nach Kapitel VI beschränkt.

Artikel 35

Befreiung von Verpflichtungen

(1) Sofern dies aufgrund von in diesem Übereinkommen nicht ausdrücklich vorgesehenen außergewöhnlichen Umständen oder Notfällen oder Fällen

höherer Gewalt erforderlich ist, kann der Rat durch besondere Abstimmung ein Mitglied von einer Verpflichtung aufgrund dieses Übereinkommens befreien, wenn er von diesem Mitglied eine zufriedenstellende Erklärung über die Gründe für die Nichterfüllung der Verpflichtung erhalten hat.

(2) Bei einer Befreiung nach Absatz 1 legt der Rat ausdrücklich die Bedingungen, die Geltungsdauer und die Gründe für eine solche Befreiung dar.

Artikel 36

Differenzierte Maßnahmen und Abhilfemaßnahmen

(1) In der Entwicklung befindliche Einfuhrmitglieder, deren Interessen durch die im Rahmen dieses Übereinkommens getroffenen Maßnahmen beeinträchtigt werden, können beim Rat angemessene differenzierte Maßnahmen und Abhilfemaßnahmen beantragen. Der Rat erwägt, angemessene Maßnahmen im Einklang mit Abschnitt III Absätze 3 und 4 der EntschlieBung 93 (IV) der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung zu treffen.

(2) Unbeschadet der Interessen anderer Ausfuhrmitglieder berücksichtigt der Rat bei seiner Tätigkeit besonders die Bedürfnisse einzelner Ausfuhrmitglieder, die zu den am wenigsten entwickelten Ländern gehören.

KAPITEL XII - SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 37

Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme und Genehmigung

(1) Dieses Übereinkommen liegt vom 1. Januar 1990 bis zum 31. Dezember 1990 am Sitz der Vereinten Nationen für die zur Konferenz der Vereinten Nationen von 1989 über Jute und Jute-Erzeugnisse eingeladenen Regierungen zur Unterzeichnung auf.

(2) Jede in Absatz 1 genannte Regierung kann

- a) bei der Unterzeichnung dieses Übereinkommens erklären, daß sie durch die Unterzeichnung ihre Zustimmung zum Ausdruck bringt, durch dieses Übereinkommen gebunden zu sein;
- b) nach der Unterzeichnung dieses Übereinkommen durch Hinterlegung einer entsprechenden Urkunde beim Verwahrer ratifizieren, annehmen oder genehmigen.

Artikel 38

Verwahrer

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen wird hiermit zum Verwahrer dieses Übereinkommens bestimmt.

Artikel 39

Notifikation der vorläufigen Anwendung

(1) Eine Unterzeichnerregierung, die dieses Übereinkommen ratifizieren, annehmen oder genehmigen will, oder eine Regierung, für die der Rat Beitrittsbedingungen festgelegt hat, die jedoch ihre Urkunde noch nicht hinterlegen konnte, kann dem Verwahrer jederzeit notifizieren, daß sie

dieses Übereinkommen von seinem Inkrafttreten nach Artikel 40 an oder, wenn es bereits in Kraft ist, von einem bestimmten Tag an vorläufig anwenden wird. Im Zeitpunkt ihrer Notifikation der vorläufigen Anwendung erklärt sich jede Regierung zum Ausfuhrmitglied oder zum Einfuhrmitglied.

(2) Eine Regierung, die nach Absatz 1 notifiziert hat, daß sie dieses Übereinkommen von seinem Inkrafttreten an oder, wenn es bereits in Kraft ist, von einem bestimmten Tag an anwenden wird, ist von diesem Zeitpunkt an vorläufiges Mitglied der Organisation, bis sie ihre Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt und dadurch Mitglied wird.

Artikel 40

Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen tritt am 1. Januar 1991 oder an einem späteren Tag endgültig in Kraft, wenn bis dahin drei Regierungen, auf die mindestens 85 v.H. der Nettoausfuhren nach Anlage A entfallen, und 20 Regierungen, auf die mindestens 65 v.H. der Nettoeinfuhren nach Anlage B entfallen, dieses Übereinkommen nach Artikel 37 Absatz 2 Buchstabe a unterzeichnet oder ihre Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt haben.

(2) Dieses Übereinkommen tritt am 1. Januar 1991 oder an einem späteren Tag vorläufig in Kraft, wenn bis dahin drei Regierungen, auf die mindestens 85 v.H. der Nettoausfuhren nach Anlage A entfallen, und 20 Regierungen, auf die mindestens 65 v.H. der Nettoeinfuhren nach Anlage B entfallen, dieses Übereinkommen nach Artikel 37 Absatz 2 Buchstabe a unterzeichnet oder ihre Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde hinterlegt oder dem Verwahrer nach Artikel 39 notifiziert haben, daß sie dieses Übereinkommen vorläufig anwenden werden.

(3) Sind die Voraussetzungen für das Inkrafttreten nach Absatz 1 oder Absatz 2 bis zum 1. Januar 1991 nicht erfüllt, so lädt der Generalsekretär

der Vereinten Nationen die Regierungen, die dieses Übereinkommen nach Artikel 37 Absatz 2 Buchstabe a unterzeichnet oder Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden hinterlegt oder dem Verwahrer notifiziert haben, daß sie dieses Übereinkommen vorläufig anwenden werden, ein, zum frühestmöglichen Zeitpunkt zusammenzutreten und zu beschließen, dieses Übereinkommen untereinander ganz oder teilweise vorläufig oder endgültig in Kraft zu setzen. Während der Zeit, in der dieses Übereinkommen nach diesem Absatz vorläufig in Kraft ist, sind die Regierungen, die beschlossen haben, dieses Übereinkommen untereinander ganz oder teilweise vorläufig in Kraft zu setzen, vorläufige Mitglieder. Diese Regierungen können zusammentreten, um die Lage zu überprüfen und zu entscheiden, ob dieses Übereinkommen zwischen ihnen endgültig in Kraft treten oder vorläufig in Kraft bleiben oder außer Kraft treten soll.

(4) Für jede Regierung, die ihre Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens hinterlegt, tritt es am Tag der Hinterlegung in Kraft.

(5) Der Exekutivdirektor beraumt die erste Tagung des Rates so bald wie möglich nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens an.

Artikel 41

Beitritt

(1) Dieses Übereinkommen steht den Regierungen aller Staaten zu den vom Rat festgesetzten Bedingungen, darunter eine Frist für die Hinterlegung der Beitrittsurkunden, zum Beitritt offen. Der Rat kann jedoch Regierungen, die ihre Beitrittsurkunde innerhalb der in den Beitrittsbedingungen festgesetzten Frist nicht hinterlegen können, Fristverlängerungen gewähren.

(2) Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Verwahrer.

Artikel 42
Änderungen

- (1) Der Rat kann durch besondere Abstimmung den Mitgliedern eine Änderung dieses Übereinkommens empfehlen.
- (2) Der Rat setzt einen Tag fest, bis zu dem die Mitglieder dem Verwahrer zu notifizieren haben, ob sie die Änderung annehmen.
- (3) Eine Änderung tritt 90 Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die Annahmenotifikationen von Mitgliedern, die mindestens zwei Drittel der Ausfuhrmitglieder umfassen und auf die mindestens 85 v.H. der Stimmen der Ausfuhrmitglieder entfallen, sowie von Mitgliedern, die mindestens zwei Drittel der Einfuhrmitglieder umfassen und auf die mindestens 85 v.H. der Stimmen der Einfuhrmitglieder entfallen, beim Verwahrer eingegangen sind.
- (4) Nachdem der Verwahrer dem Rat mitgeteilt hat, daß die Voraussetzungen für das Inkrafttreten der Änderung erfüllt sind, kann ein Mitglied ungeachtet der Bestimmungen des Absatzes 2 über den vom Rat festgesetzten Tag dem Verwahrer noch seine Annahme der Änderung notifizieren, sofern diese Notifikation vor Inkrafttreten der Änderung erfolgt.
- (5) Ein Mitglied, das seine Annahme einer Änderung bis zu dem Tag, an dem diese Änderung in Kraft tritt, nicht notifiziert hat, scheidet mit diesem Tag als Vertragspartei dieses Übereinkommens aus, sofern es nicht dem Rat überzeugend dargelegt hat, daß die Annahme wegen Schwierigkeiten bei der Durchführung seiner verfassungsrechtlichen oder institutionellen Verfahren nicht rechtzeitig herbeigeführt werden konnte, und sofern der Rat nicht beschließt, die für die Annahme der Änderung festgesetzte Frist für dieses Mitglied zu verlängern. Ein solches Mitglied ist durch die Änderung nicht gebunden, bis es deren Annahme notifiziert hat.
- (6) Sind die Voraussetzungen für das Inkrafttreten der Änderung bis zu dem vom Rat nach Absatz 2 festgesetzten Tag nicht erfüllt, so gilt die Änderung als zurückgezogen.

Artikel 43

Rücktritt

(1) Ein Mitglied kann jederzeit nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens durch eine an den Verwahrer gerichtete schriftliche Rücktrittsanzeige von diesem Übereinkommen zurücktreten. Das Mitglied setzt gleichzeitig den Rat von seinem Beschluß in Kenntnis.

(2) Der Rücktritt wird 90 Tage nach Eingang der Anzeige beim Verwahrer wirksam.

Artikel 44

Ausschluß

Stellt der Rat fest, daß ein Mitglied seine Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen verletzt hat, und stellt er ferner fest, daß durch diese Verletzung die Durchführung dieses Übereinkommens erheblich beeinträchtigt wird, so kann er dieses Mitglied durch besondere Abstimmung von diesem Übereinkommen ausschließen. Der Rat notifiziert dies umgehend dem Verwahrer. Ein Jahr nach dem Beschluß des Rates scheidet dieses Mitglied als Vertragspartei dieses Übereinkommens aus.

Artikel 45

Kontenabrechnung mit zurücktretenden oder ausgeschlossenen
Mitgliedern oder Mitgliedern, die nicht in der Lage sind,
eine Änderung anzunehmen

(1) Nach diesem Artikel regelt der Rat die Kontenabrechnung mit einem Mitglied, das als Vertragspartei dieses Übereinkommens ausscheidet, weil es

- a) nach Artikel 42 eine Änderung dieses Übereinkommens nicht angenommen hat,

- b) nach Artikel 43 von diesem Übereinkommen zurückgetreten ist oder
- c) nach Artikel 44 von diesem Übereinkommen ausgeschlossen worden ist.

(2) Der Rat behält den Beitrag ein, der von einem Mitglied, das als Vertragspartei dieses Übereinkommens ausscheidet, auf das Verwaltungskonto eingezahlt worden ist.

(3) Ein Mitglied, das eine angemessene Erstattung nach diesem Artikel erhalten hat, hat keinen Anspruch auf Beteiligung am Liquidationserlös oder an den anderen Vermögenswerten der Organisation. Ein solches Mitglied ist auch nicht für ein Defizit haftbar, das der Organisation nach dieser Erstattung entstanden ist.

Artikel 46

Geltungsdauer, Verlängerung und Außerkraftsetzung

(1) Dieses Übereinkommen bleibt für einen Zeitabschnitt von fünf Jahren nach seinem Inkrafttreten in Kraft, sofern der Rat nicht durch besondere Abstimmung beschließt, es nach Maßgabe dieses Artikels zu verlängern, neu auszuhandeln oder außer Kraft zu setzen.

(2) Der Rat kann durch besondere Abstimmung beschließen, dieses Übereinkommen höchstens zweimal um jeweils zwei Jahre zu verlängern.

(3) Ist vor Ablauf der in Absatz 1 genannten Fünfjahresfrist beziehungsweise vor Ablauf einer in Absatz 2 genannten Verlängerungszeit ein neues Übereinkommen zur Ablösung dieses Übereinkommens ausgehandelt worden, aber noch nicht endgültig oder vorläufig in Kraft getreten, so kann der Rat durch besondere Abstimmung dieses Übereinkommen bis zum vorläufigen oder endgültigen Inkrafttreten des neuen Übereinkommens verlängern.

(4) Wird ein neues Übereinkommen ausgehandelt und tritt es während einer Verlängerungszeit für dieses Übereinkommen nach Absatz 2 oder 3 in Kraft, so tritt dieses verlängerte Übereinkommen mit Inkrafttreten des neuen Übereinkommens außer Kraft.

(5) Der Rat kann jederzeit durch besondere Abstimmung beschließen, dieses Übereinkommen mit Wirkung von einem von ihm bestimmten Zeitpunkt außer Kraft zu setzen.

(6) Ungeachtet des Außerkrafttretens dieses Übereinkommens bleibt der Rat höchstens 18 Monate weiterbestehen, um die Auflösung der Organisation einschließlich der Kontenabrechnung durchzuführen; vorbehaltlich der einschlägigen Beschlüsse, die durch besondere Abstimmung zu fassen sind, hat er während dieser Zeit alle Befugnisse und Aufgaben, die für diese Zwecke notwendig sind.

(7) Der Rat notifiziert dem Verwahrer alle nach diesem Artikel gefaßten Beschlüsse.

Artikel 47

Vorbehalte

Vorbehalte zu diesem Übereinkommen sind nicht zulässig.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen an den angegebenen Tagen mit ihrer Unterschrift versehen.

GESCHEHEN zu Genf am 3. November 1989; der arabische, chinesische, englische, französische, russische und spanische Wortlaut dieses Übereinkommens ist gleichermaßen verbindlich.

ANLAGE A

Anteile der einzelnen Ausfuhrländer an den Gesamtnettoausfuhren von Jute und Jute-Erzeugnissen der Länder, die an der Konferenz der Vereinten Nationen von 1989 über Jute und Jute-Erzeugnisse teilgenommen haben, wie sie für die Zwecke des Artikels 40 festgesetzt sind

	<u>vom Hundert</u>
Bangladesch	61,578
China	8,681
Indien	18,869
Nepal	1,703
Thailand	9,169
Insgesamt	<u>100,000</u>

ANLAGE B

Anteile der einzelnen Einfuhrländer und -ländergruppen an den Gesamtnetoeinfuhren von Jute und Jute-Erzeugnissen der Länder, die an der Konferenz der Vereinten Nationen von 1989 über Jute und Jute-Erzeugnisse teilgenommen haben, wie sie für die Zwecke des Artikels 40 festgesetzt sind

	<u>vom Hundert</u>
Ägypten ¹	2,390
Algerien	1,443
Argentinien	0,363
Australien	6,905
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	24,008
Belgien/Luxemburg	6,200
Dänemark	0,242
Deutschland, Bundesrepublik	3,128
Frankreich	1,949
Griechenland	0,330
Irland	0,363
Italien	1,399
Niederlande	2,434
Portugal	0,275
Spanien	1,421
Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland	6,267
Finnland	0,077
Indonesien	2,269
Japan	6,542

1 Hat nicht an der Konferenz teilgenommen, wird jedoch ebenfalls aufgeführt, weil es Einfuhrmitglied der Internationalen Jute-Organisation ist.

Jugoslawien ¹	1,234
Kanada	1,311
Marokko	0,815
Norwegen	0,055
Österreich	0,143
Pakistan	12,974
Philippinen	0,066
Polen ¹	1,795
Schweden	0,044
Schweiz	0,198
Arabische Republik Syrien	3,943
Türkei	1,718
Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken	17,610
Vereinigte Staaten von Amerika	14,097
Insgesamt	100,000

1 Hat nicht an der Konferenz teilgenommen, wird jedoch ebenfalls aufgeführt, weil es Einfuhrmitglied der Internationalen Jute-Organisation ist.

UNITED NATIONS CONFERENCE ON TRADE AND DEVELOPMENT

INTERNATIONAL AGREEMENT ON JUTE AND JUTE PRODUCTS, 1989



**UNITED NATIONS
1989**

**UNITED
NATIONS**

TD



**United Nations Conference
on Trade and Development**

Distr.
GENERAL

TD/JUTE.2/6
13 November 1989

Original: ENGLISH

UNITED NATIONS CONFERENCE ON JUTE AND JUTE PRODUCTS, 1989

**INTERNATIONAL AGREEMENT
ON JUTE AND JUTE PRODUCTS,
1989**

CONTENTS

	<u>Page</u>
Preamble	57
CHAPTER I: OBJECTIVES	58
Article 1 Objectives	58
CHAPTER II: DEFINITIONS	60
Article 2 Definitions	60
CHAPTER III: ORGANIZATION AND ADMINISTRATION	62
Article 3 Headquarters, structure and continuation of the International Jute Organization	62
Article 4 Membership in the Organization	62
Article 5 Membership by intergovernmental organizations	62
CHAPTER IV: INTERNATIONAL JUTE COUNCIL	64
Article 6 Composition of the International Jute Council	64
Article 7 Powers and functions of the Council	64
Article 8 Chairman and Vice-Chairman of the Council	64
Article 9 Sessions of the Council	65
Article 10 Distribution of votes	65
Article 11 Voting procedure of the Council	66
Article 12 Decisions and recommendations of the Council	67
Article 13 Quorum for the Council	67
Article 14 Co-operation with other organizations	67
Article 15 Admission of observers	68
Article 16 Executive Director and staff	68
CHAPTER V: PRIVILEGES AND IMMUNITIES	69
Article 17 Privileges and immunities	69
CHAPTER VI: FINANCE	70
Article 18 Financial accounts	70
Article 19 Forms of payment	70
Article 20 Audit and publication of accounts	70
Article 21 Administrative Account	71
Article 22 Special Account	72
CHAPTER VII: RELATIONSHIP WITH THE COMMON FUND FOR COMMODITIES	74
Article 23 Relationship with the Common Fund for Commodities	74

CONTENTS (continued)

	<u>Page</u>
CHAPTER VIII: OPERATIONAL ACTIVITIES	75
Article 24 Projects	75
Article 25 Research and development	76
Article 26 Market promotion	76
Article 27 Cost reduction	76
Article 28 Criteria for approval of projects	76
Article 29 Committee on Projects	77
CHAPTER IX: CONSIDERATION OF IMPORTANT ISSUES CONCERNING JUTE AND JUTE PRODUCTS	78
Article 30 Consideration of stabilization, competition with synthetics and other issues	78
CHAPTER X: STATISTICS, STUDIES AND INFORMATION	79
Article 31 Statistics, studies and information	79
Article 32 Annual report and report on assessment and review	79
CHAPTER XI: MISCELLANEOUS	80
Article 33 Complaints and disputes	80
Article 34 General obligations of members	80
Article 35 Relief from obligations	80
Article 36 Differential and remedial measures	81
CHAPTER XII: FINAL PROVISIONS	82
Article 37 Signature, ratification, acceptance and approval	82
Article 38 Depositary	82
Article 39 Notification of provisional application	82
Article 40 Entry into force	83
Article 41 Accession	84
Article 42 Amendments	84
Article 43 Withdrawal	85
Article 44 Exclusion	85
Article 45 Settlement of accounts with withdrawing or excluded members or members unable to accept an amendment	85
Article 46 Duration, extension and termination	86
Article 47 Reservations	86

CONTENTS (continued)

ANNEXES

- Annex A Shares of individual exporting countries in total net exports of jute and jute products of countries participating in the United Nations Conference on Jute and Jute Products, 1989, as established for the purposes of article 40
- Annex B Shares of individual importing countries and groups of countries in total net imports of jute and jute products of countries participating in the United Nations Conference on Jute and Jute Products, 1989, as established for the purposes of article 40

INTERNATIONAL AGREEMENT ON JUTE AND JUTE PRODUCTS, 1989

PREAMBLE

The Parties to this Agreement,

Recalling the Declaration and the Programme of Action on the Establishment of a New International Economic Order, 1/

Recalling resolutions 93 (IV), 124 (V) and 155 (VI) on the Integrated Programme for Commodities adopted by the United Nations Conference on Trade and Development at its fourth, fifth and sixth sessions, and chapter II, section B of the Final Act of UNCTAD VII,

Recalling further the Substantial New Programme of Action for the 1980s for the Least Developed Countries, and in particular paragraph 82 thereof, 2/

Recognizing the importance of jute and jute products to the economies of many developing exporting countries,

Considering that close international co-operation in finding solutions to the problems facing this commodity will further the economic development of the exporting countries and strengthen economic co-operation between exporting and importing countries,

Considering the significant contribution made by the International Agreement on Jute and Jute Products, 1982 towards such co-operation between exporting and importing countries,

Have agreed as follows:

1/ General Assembly resolutions 3201 (S-VI) and 3202 (S-VI) of 1 May 1974.

2/ See Report of the United Nations Conference on the Least Developed Countries (United Nations publication, Sales No. E.82.I.8), part one, sect. A.

CHAPTER I - OBJECTIVES

Article 1

Objectives

1. For the benefit of both exporting and importing members, and with a view to achieving the relevant objectives adopted by the United Nations Conference on Trade and Development in its resolutions 93 (IV), 124 (V) and 155 (VI) on the Integrated Programme for Commodities and taking account of its resolution 98 (IV) and chapter II, section B of the Final Act of UNCTAD VII, the objectives of the International Agreement on Jute and Jute Products, 1989 (hereinafter referred to as "this Agreement") shall be:

(a) To provide an effective framework for co-operation and consultation between exporting and importing members with regard to the development of the jute economy;

(b) To promote the expansion and diversification of international trade in jute and jute products;

(c) To improve the structural conditions in the jute market;

(d) To give environmental aspects due consideration in activities of the Organization, particularly by creating awareness of the beneficial effects of the use of jute as a natural product;

(e) To enhance the competitiveness of jute and jute products;

(f) To maintain and enlarge existing markets as well as to develop new markets for jute and jute products;

(g) To improve market intelligence with a view to ensuring greater transparency in the international jute market;

(h) To develop new end-uses of jute including new jute products with a view to enlarging the demand for jute;

(i) To encourage increased and further processing of jute and jute products in both importing and exporting countries;

(j) To develop production of jute with a view to improving, inter alia, its unit yield and its quality for the benefit of importing and exporting countries;

(k) To develop production of jute products with a view to improving, inter alia, their quality and reducing their cost of production;

(l) To develop production, export and import of jute and jute products as regards quantity so as to meet the requirements of world demand and supply.

2. The objectives referred to in paragraph 1 of this article should be met, in particular, by means of:

(a) Projects of research and development, market promotion and cost reduction, including human resources development;

(b) Collation and dissemination of information, including market information, relating to jute and jute products;

(c) Consideration of important issues concerning jute and jute products, such as the questions of stabilization of prices and supplies and of competition with synthetics and substitutes;

(d) Undertaking studies of trends in the short- and long-term problems of the world jute economy.

CHAPTER II - DEFINITIONS

Article 2

Definitions

For the purposes of this Agreement:

(1) "Jute" means raw jute, kenaf and other allied fibres, including Urena lobata, Abutilon avicennae and Cephalonema polyandrum;

(2) "Jute products" means products made wholly or almost wholly of jute, or products whose largest component by weight is jute;

(3) "Member" means a Government or an intergovernmental organization as provided for in article 5 which has consented to be bound by this Agreement provisionally or definitively;

(4) "Exporting member" means a member whose exports of jute and jute products exceed its imports of jute and jute products and which has declared itself to be an exporting member;

(5) "Importing member" means a member whose imports of jute and jute products exceed its exports of jute and jute products and which has declared itself to be an importing member;

(6) "Organization" means the International Jute Organization referred to in article 3;

(7) "Council" means the International Jute Council established in accordance with article 6;

(8) "Special vote" means a vote requiring at least two thirds of the votes cast by exporting members present and voting and at least two thirds of the votes cast by importing members present and voting, counted separately, on condition that these votes are cast by a majority of exporting members and by at least four importing members present and voting;

(9) "Simple distributed majority vote" means a vote requiring more than half of the total votes of exporting members present and voting and more than half of the total votes of the importing members present and voting counted separately. The votes required for exporting members must be cast by a majority of exporting members present and voting;

(10) "Financial year" means the period from 1 July to 30 June inclusive;

(11) "Jute year" means the period from 1 July to 30 June inclusive;

(12) "Host Government" means the Government of the country in which the headquarters of the Organization is located;

(13) "Exports of jute" or "exports of jute products" means any jute or jute products which leave the customs territory of any member; and "imports of jute" or "imports of jute products" means any jute or jute products which enter the customs territory of any member, provided that, for the purposes of these definitions, customs territory shall, in the case of a member which comprises more than one customs territory, be deemed to refer to the combined customs territories of that member; and

(14) "Freely usable currencies" means the deutsche mark, the French franc, the Japanese yen, the pound sterling, the United States dollar and any other currency which has been designated from time to time by a competent international monetary organization as being in fact widely used to make payments for international transactions and widely traded in the principal exchange markets.

CHAPTER III - ORGANIZATION AND ADMINISTRATION

Article 3

Headquarters, structure and continuation of the International Jute Organization

1. The International Jute Organization, established under the International Agreement on Jute and Jute Products, 1982, shall continue in being for the purpose of administering the provisions and supervising the operation of this Agreement.
2. The Organization shall function through the International Jute Council and the Committee on Projects as permanent bodies, and the Executive Director and the staff. The Council may, by special vote, establish for specific purposes committees and working groups with specified terms of reference.
3. The headquarters of the Organization shall be in Dhaka, Bangladesh.
4. The headquarters of the Organization shall at all times be located in the territory of a member.

Article 4

Membership in the Organization

1. There shall be two categories of membership in the Organization, namely:
 - (a) Exporting; and
 - (b) Importing.
2. A member may change its category of membership on such conditions as the Council shall establish.

Article 5

Membership by intergovernmental organizations

1. Any reference in this Agreement to "Governments" shall be construed as including the European Economic Community and any other intergovernmental organization having responsibilities in respect of the negotiation, conclusion and application of international agreements, in particular commodity agreements. Accordingly, any reference in this Agreement to signature, ratification, acceptance or approval, or to notification of provisional application, or to accession shall, in the case of such

intergovernmental organizations, be construed as including a reference to signature, ratification, acceptance or approval, or to notification of provisional application, or to accession, by such intergovernmental organizations.

2. In the case of voting on matters within their competence, such intergovernmental organizations shall vote with a number of votes equal to the total number of votes attributable to their member States in accordance with article 10. In such cases, the member States of such intergovernmental organizations shall not be entitled to exercise their individual voting rights.

CHAPTER IV - INTERNATIONAL JUTE COUNCIL

Article 6

Composition of the International Jute Council

1. The highest authority of the Organization shall be the International Jute Council, which shall consist of all the members of the Organization.
2. Each member shall be represented in the Council by one delegate, and may designate alternates and advisers to attend sessions of the Council.
3. An alternate delegate shall be empowered to act and vote on behalf of the delegate during the latter's absence or in special circumstances.

Article 7

Powers and functions of the Council

1. The Council shall exercise all such powers and perform or arrange for the performance of all such functions as are necessary to carry out the provisions of this Agreement.
2. The Council shall, by special vote, adopt such rules and regulations as are necessary to carry out the provisions of this Agreement and are consistent therewith, including its own rules of procedure and the financial and staff regulations of the Organization. Such financial rules and regulations shall govern, inter alia, the receipt and expenditure of funds under the Administrative and Special Accounts. The Council may, in its rules of procedure, provide for a procedure whereby it may, without meeting, decide specific questions.
3. The Council shall keep such records as are required for the performance of its functions under this Agreement.

Article 8

Chairman and Vice-Chairman of the Council

1. The Council shall elect for each jute year a Chairman and a Vice-Chairman, who shall not be paid by the Organization.
2. The Chairman and the Vice-Chairman shall be elected, one from among the representatives of exporting members and the other from among the representatives of importing members. These offices shall alternate each year between the two categories of members, provided, however, that this shall not prohibit the re-election of either or both, under exceptional circumstances, by special vote of the Council.

3. In the temporary absence of the Chairman, the Vice-Chairman shall act in his place. In the temporary absence of both the Chairman and the Vice-Chairman or the permanent absence of one or both of them, the Council may elect new officers from among the representatives of the exporting members and/or from among the representatives of the importing members, as the case may be, on a temporary or permanent basis.

Article 9

Sessions of the Council

1. As a general rule, the Council shall hold one regular session in each half of the jute year.

2. The Council shall meet in special session whenever it so decides or at the request of:

(a) The Executive Director, in agreement with the Chairman of the Council; or

(b) A majority of exporting members or a majority of importing members; or

(c) Members holding at least 500 votes.

3. Sessions of the Council shall be held at the headquarters of the Organization unless the Council, by special vote, decides otherwise. If on the invitation of any member the Council meets elsewhere than at the headquarters of the Organization, that member shall pay the additional cost of holding the meeting away from headquarters and shall grant privileges and immunities comparable to those provided for similar international conferences.

4. Notice of any session and the agenda, together with documentation mentioned therein, for the session shall be communicated to members by the Executive Director at least 30 days in advance, except in cases of emergency when notice shall be communicated at least seven days in advance.

Article 10

Distribution of votes

1. The exporting members shall together hold 1,000 votes and the importing members shall together hold 1,000 votes.

2. The votes of the exporting members shall be distributed as follows: 150 votes shall be divided equally among all exporting members to the nearest whole vote for each member; the remaining votes shall be distributed in proportion to the average volume of their net exports of jute and jute

products during the preceding three jute years, provided that the maximum number of votes of any exporting member shall not exceed 450. The surplus votes in excess of the maximum shall be distributed to all exporting members having less than 250 votes individually, in proportion to their trade shares.

3. The votes of importing members shall be distributed as follows: each importing member shall have up to five initial votes provided that the total of initial votes shall not exceed 150. The remaining votes shall be distributed in proportion to the annual average of the volume of their respective net imports of jute and jute products during the three-year period commencing four calendar years prior to the distribution of votes.

4. The Council shall distribute the votes for each financial year at the beginning of the first session of that year in accordance with the provisions of this article. Such distribution shall remain in effect for the rest of that year, except as provided for in paragraph 5 of this article.

5. Whenever the membership of the Organization changes or when any member has its voting rights suspended or restored under any provision of this Agreement, the Council shall redistribute the votes within the affected category or categories of members in accordance with the provisions of this article. The Council shall decide the date on which the redistribution of votes shall become effective.

6. There shall be no fractional votes.

7. In rounding to the nearest whole vote, any fraction less than 0.5 shall be rounded downward and any fraction greater than or equal to 0.5 shall be rounded upward.

Article 11

Voting procedure of the Council

1. Each member shall be entitled to cast the number of votes it holds and no member shall be entitled to divide its votes. A member may, however, cast differently from such votes any votes which it is authorized to cast under paragraph 2 of this article.

2. By written notification to the Chairman of the Council, any exporting member may authorize any other exporting member, and any importing member may authorize any other importing member, to represent its interests and to cast its votes at any meeting or session of the Council.

3. A member authorized by another member to cast the votes held by the authorizing member under article 10 shall cast such votes in accordance with the instructions of the authorizing member.

4. When abstaining, a member shall be deemed not to have cast its votes.

Article 12

Decisions and recommendations of the Council

1. The Council shall endeavour to take all decisions, and make all recommendations, by consensus. If a consensus is not arrived at, all decisions of the Council shall be taken, and all recommendations shall be made, by a simple distributed majority vote, unless this Agreement provides for a special vote.
2. Where a member avails itself of the provisions of article 11, paragraph 2, and its votes are cast at a meeting of the Council, such member shall, for the purposes of paragraph 1 of this article, be considered as present and voting.
3. All decisions and recommendations of the Council shall be consistent with the provisions of this Agreement.

Article 13

Quorum for the Council

1. The quorum for any meeting of the Council shall be the presence of a majority of exporting members and a majority of importing members, provided that such members hold at least two thirds of the total votes in their respective categories.
2. If there is no quorum in accordance with paragraph 1 of this article on the day fixed for the meeting and on the following day, the quorum on the third day and thereafter shall be the presence of a majority of exporting members and a majority of importing members, provided that such members hold a majority of the total votes in their respective categories.
3. Representation in accordance with article 11, paragraph 2, shall be considered as presence.

Article 14

Co-operation with other organizations

1. The Council shall make whatever arrangements are appropriate for consultation or co-operation with the United Nations, its specialized agencies such as the Food and Agriculture Organization of the United Nations and the United Nations Industrial Development Organization, and its subsidiary bodies such as the United Nations Conference on Trade and Development, the United Nations Development Programme, the International Trade Centre, UNCTAD/GATT and the United Nations Environment Programme, and with other intergovernmental and non-governmental organizations as may be appropriate.

2. The Organization shall, to the maximum extent possible, utilize the facilities, services and expertise of the bodies mentioned under paragraph 1 of this article in order to avoid duplication of efforts in achieving the objectives of this Agreement and to enhance the complementarity and the efficiency of its activities.

3. The Council, bearing in mind the particular role of UNCTAD in the field of international commodity trade, shall, as appropriate, keep that organization informed of its activities and programmes of work.

Article 15

Admission of observers

The Council may invite any non-member country or any of the organizations referred to in article 14 concerned with international trade in jute and jute products or with the jute industry to attend as observers any of the meetings of the Council.

Article 16

Executive Director and staff

1. The Council shall, by special vote, appoint the Executive Director.
2. The terms and conditions of appointment of the Executive Director shall be determined under the rules of procedure of the Council.
3. The Executive Director shall be the chief administrative officer of the Organization and shall be responsible to the Council for the administration and operation of this Agreement in accordance with the decisions of the Council.
4. The Executive Director shall appoint the staff in accordance with the regulations established by the Council. The Council shall, by special vote, decide on the number of executive, professional and general service staff the Executive Director may appoint. Any changes in the number of posts shall be decided by the Council by special vote. The staff shall be responsible to the Executive Director.
5. Neither the Executive Director nor any member of the staff shall have any financial interest in the jute industry or trade, or associated commercial activities.
6. In the performance of their duties, the Executive Director and other staff shall not seek or receive instruction from any member or from any other authority external to the Organization. They shall refrain from any action which might reflect on their positions as international officials ultimately responsible to the Council. Each member shall respect the exclusively international character of the responsibilities of the Executive Director and other staff and shall not seek to influence them in the discharge of their responsibilities.

CHAPTER V - PRIVILEGES AND IMMUNITIES

Article 17

Privileges and immunities

1. The Organization shall have legal personality. It shall in particular have the capacity to contract, to acquire and dispose of movable and immovable property and to institute legal proceedings.
2. The Organization shall continue to operate under the Headquarters Agreement with the host Government (which is the Government of Bangladesh, where the headquarters of the Organization is currently located). The Headquarters Agreement with the host Government relates to such items as status, privileges and immunities of the Organization, of its Executive Director, its staff and experts, and of delegations of members, as are reasonably necessary for the purpose of discharging their functions.
3. If the headquarters of the Organization is moved to another country which is a member of the Organization, that member shall, as soon as possible, conclude with the Organization a headquarters agreement to be approved by the Council.
4. Pending the conclusion of the headquarters agreement referred to in paragraph 3 of this article, the Organization shall request the host Government to grant, within the limits of its national legislation, exemption from taxation on remuneration paid by the Organization to its employees, and on the assets, income and other property of the Organization.
5. The Organization may conclude, with one or more countries, agreements to be approved by the Council relating to such privileges and immunities as may be necessary for the proper functioning of this Agreement.
6. The Headquarters Agreement shall be independent of this Agreement. It shall, however, terminate:
 - (a) By agreement between the host Government and the Organization;
 - (b) In the event of the headquarters of the Organization being moved from the country of the host Government; or
 - (c) In the event of the Organization ceasing to exist.

CHAPTER VI - FINANCE

Article 18

Financial accounts

1. There shall be established two accounts:
 - (a) The Administrative Account; and
 - (b) The Special Account.
2. The Executive Director shall be responsible for the administration of these accounts and the Council shall make provision in its rules of procedure therefor.

Article 19

Forms of payment

1. Contributions to the Administrative Account shall be payable in freely usable currencies and shall be exempt from foreign exchange restrictions.
2. Financial contributions to the Special Account shall be payable in freely usable currencies and shall be exempt from foreign exchange restrictions.
3. The Council may also decide to accept other forms of contributions to the Special Account, including scientific and technical equipment or manpower, to meet the requirements of approved projects.

Article 20

Audit and publication of accounts

1. The Council shall appoint auditors for the purpose of auditing its books of account.
2. An independently audited statement of the Administrative Account and of the Special Account shall be made available to members as soon as possible after the close of each jute year, but not later than six months after that date, and be considered for approval by the Council at its next session, as appropriate. A summary of the audited accounts and balance sheet shall thereafter be published.

Article 21

Administrative Account

1. The expenses necessary for the administration of this Agreement shall be brought into the Administrative Account and shall be met by annual contributions from members in accordance with their respective constitutional or institutional procedures assessed in accordance with paragraphs 3, 4 and 5 of this article.
2. The expenses of delegations to the Council, the Committee on Projects and to the committees and working groups referred to in article 3, paragraph 2, shall be met by the members concerned. In cases where a member requests special services from the Organization, the Council shall require that member to pay the costs of such services.
3. During the second half of each financial year, the Council shall approve the administrative budget of the Organization for the following financial year and shall assess the contribution of each member to that budget.
4. The contribution of each member to the administrative budget for each financial year shall be in the proportion which the number of its votes at the time the administrative budget for that financial year is approved bears to the total votes of all the members. In assessing contributions, the votes of each member shall be calculated without regard to the suspension of any member's voting rights or any redistribution of votes resulting therefrom.
5. The initial contribution of any member joining the Organization after the entry into force of this Agreement shall be assessed by the Council on the basis of the number of votes to be held by it and the period remaining in the current financial year, but the assessment made upon other members for the current financial year shall not thereby be altered.
6. Contributions to the administrative budget shall become due on the first day of each financial year. Contributions of members in respect of the financial year in which they join the Organization shall be due on the date on which they become members.
7. If a member has not paid its full contribution to the administrative budget within four months after such contribution becomes due in accordance with paragraph 6 of this article, the Executive Director shall request that member to make payment as quickly as possible. If that member has still not paid its contribution within two months after such request, that member shall be requested to state the reasons for its inability to make payment. If at the expiry of seven months from the due date of contribution that member has still not paid its contribution, its voting rights shall be suspended and an interest charge shall be levied on its late contribution at the central bank rate of the host country until such time as it has paid in full its contribution, unless the Council, by special vote, decides otherwise.

8. A member whose rights have been suspended under paragraph 7 of this article shall in particular remain liable to pay its contribution.

9. The unspent balance of the administrative budget of any year shall be credited to member Governments as a reduction in the following year's contributions in the same proportion as originally assessed.

Article 22

Special Account

1. There shall be established two sub-accounts under the Special Account:

(a) The Pre-Project Sub-Account; and

(b) The Project Sub-Account.

2. All expenditures for the Pre-Project Sub-Account shall be reimbursed from the Project Sub-Account if projects are subsequently approved and funded. If within six months of the entry into force of this Agreement the Council does not receive any funds for the Pre-Project Sub-Account, it shall review the situation and take appropriate action.

3. All receipts pertaining to specific identifiable projects shall be brought into the Special Account. All expenditures incurred on such projects, including remuneration and travel expenses of consultants and experts, shall be charged to the Special Account.

4. The possible sources of finance for the Special Account shall be:

(a) The Second Account of the Common Fund for Commodities;

(b) Regional and international financial institutions, namely, the United Nations Development Programme, the World Bank, the Asian Development Bank, the Inter-American Development Bank and the African Development Bank, etc.; and

(c) Voluntary contributions.

5. The Council shall, by special vote, establish terms and conditions on which it would, when and where appropriate, sponsor projects for loan financing, where a member or members have voluntarily assumed full obligations and responsibilities for such loans. The Organization shall have no obligations for such loans.

6. The Council may nominate and sponsor any entity with the consent of that entity, including a member or members, to receive loans for the financing of approved projects and to undertake all the obligations involved, except that the Organization shall reserve to itself the right to monitor the use of

resources and to follow up on the implementation of projects so financed. However, the Organization shall not be responsible for guarantees given by individual members or other entities.

7. No member shall be responsible by reason of its membership in the Organization for any liability arising from borrowing or lending by any other member or entity in connection with projects.

8. In the event that voluntary unearmarked funds are offered to the Organization, the Council may accept such funds. Such funds may be utilized for pre-project activities as well as for approved projects.

9. The Executive Director shall endeavour to seek, on such terms and conditions as the Council may decide, adequate and assured finance for projects approved by the Council.

10. The resources of the Special Account shall be used only for approved projects or for pre-project activities.

11. Contributions for specified approved projects shall be used only for the projects for which they were originally intended unless otherwise decided by the Council in agreement with the contributor. After the completion of a project, the Organization shall return to each contributor for specific projects the balance of any funds remaining pro rata to each contributor's share in the total of the contributions originally made available for financing that project, unless otherwise agreed to by the contributor.

12. The Council may, when appropriate, review the financing of the Special Account.

CHAPTER VII - RELATIONSHIP WITH THE COMMON FUND FOR COMMODITIES

Article 23

Relationship with the Common Fund for Commodities

The Organization shall take full advantage of the facilities of the Common Fund for Commodities, including, if applicable, entering into a mutually acceptable agreement with the Common Fund in accordance with the principles set out in the Agreement establishing the Common Fund for Commodities.

CHAPTER VIII - OPERATIONAL ACTIVITIES

Article 24

Projects

1. In order to achieve the objectives set out in article 1, the Council shall, on a continuing basis and in accordance with the provisions of article 14, paragraph 1, identify, arrange for the preparation and implementation of, and, with a view to ensuring their effectiveness, follow up, monitor and evaluate projects in the fields of research and development, market promotion and cost reduction, which may include human resources development, and other relevant projects approved by the Council.
2. The Executive Director shall submit proposals on projects referred to in paragraph 1 of this article to the Committee on Projects. Such proposals shall be circulated to all members at least two months before the session of the Committee at which they are to be considered. On the basis of these proposals, the Committee shall decide which pre-project activities shall be undertaken. Such pre-project activities shall be arranged by the Executive Director in accordance with rules and regulations to be adopted by the Council.
3. The results of the pre-project activities, including detailed costings, possible benefits, duration, location and possible executing agencies, shall be submitted by the Executive Director to the Committee after circulation to all members at least two months before the session of the Committee at which they are to be considered.
4. The Committee shall consider the results of such pre-project activities and make recommendations on the projects to the Council.
5. The Council shall consider the recommendations and shall, by special vote, decide on the proposed projects for financing in accordance with article 22 and article 28.
6. The Council shall decide on the relative priorities of projects.
7. The Council shall obtain the approval of a member before approving a project in the territory of that member.
8. The Council may, by special vote, terminate its sponsorship of any project.

Article 25

Research and development

Projects relating to research and development should, inter alia, be aimed at:

- (a) Improving agricultural productivity and fibre quality;
- (b) Improving manufacturing processes for existing and new products;
- (c) Finding new end-uses and improving existing products;
- (d) Encouraging increased and further processing of jute and jute products.

Article 26

Market promotion

Projects relating to market promotion should, inter alia, be aimed at the maintenance and expansion of markets for existing products and finding markets for new products.

Article 27

Cost reduction

The projects relating to cost reduction should, inter alia, be aimed at, in so far as appropriate, improving processes and techniques relating to agricultural productivity and fibre quality, as well as improvement of processes and techniques relating to labour, material and capital costs in the jute manufacturing industry, and developing and maintaining, for the use of members, information on the most efficient processes and techniques currently available to the jute economy.

Article 28

Criteria for approval of projects

Approval of projects by the Council shall be based on the following criteria:

- (a) They shall have the potential of benefiting, at present or in the future, more than one member, of which at least one is an exporting member, and be of benefit to the jute economy as a whole;

(b) They shall be related to the maintenance or expansion of international trade in jute and jute products;

(c) They shall offer prospects for favourable economic results in relation to costs in the short term or in the long term;

(d) They shall be designed to be consistent with the size of the international trade in jute and jute products;

(e) They shall have the potential for improving the general competitiveness or market prospects of jute and jute products.

Article 29

Committee on Projects

1. A Committee on Projects (hereinafter referred to as "the Committee") is hereby established. It shall be responsible to, and work under the general direction of, the Council.

2. Participation in the Committee shall be open to all members. The rules of procedure as well as the distribution of votes and voting procedure of the Committee shall be those of the Council mutatis mutandis. The Committee shall normally meet twice a year. It may, however, meet more frequently at the request of the Council.

3. The functions of the Committee shall be:

(a) To consider and technically appraise and evaluate project proposals referred to in article 24;

(b) To decide on pre-project activities; and

(c) To make recommendations to the Council relating to projects.

CHAPTER IX - CONSIDERATION OF IMPORTANT ISSUES
CONCERNING JUTE AND JUTE PRODUCTS

Article 30

Consideration of stabilization, competition
with synthetics and other issues

1. The Council shall continue consideration of the questions of stabilization of prices and supplies of jute and jute products for export with a view to finding solutions therefor. Following such consideration, any solution agreed upon that entails measures not already explicitly provided for in this Agreement may only be implemented by an amendment of this Agreement pursuant to article 42.
2. The Council shall consider issues relating to competition between jute and jute products on the one hand, and synthetics and substitutes on the other.
3. The Council shall make arrangements for the continuing consideration of other important issues relevant to jute and jute products.

CHAPTER X - STATISTICS, STUDIES AND INFORMATION

Article 31

Statistics, studies and information

1. The Council shall make whatever arrangements are appropriate with the bodies mentioned under article 14, paragraph 1, in order to help ensure the availability of recent and reliable data and information on all factors affecting jute and jute products. The Organization shall collect, collate and as necessary publish such statistical information on production, trade, supply, stocks, consumption and prices of jute, jute products, synthetics and substitutes as is necessary for the operation of this Agreement.
2. Members shall furnish statistics and information within a reasonable time to the fullest extent possible not inconsistent with their national legislation.
3. The Council shall arrange to have studies undertaken of the trends and of the short- and long-term problems of the world jute economy.
4. The Council shall ensure that no information published shall prejudice the confidentiality of the operations of persons or companies producing, processing or marketing jute, jute products, synthetics and substitutes.
5. The Council shall take such measures as are considered necessary to give publicity to and information about jute and jute products.

Article 32

Annual report and report on assessment and review

1. The Council shall, within six months of the close of each jute year, publish an annual report on the activities of the Organization and such other information as it considers appropriate.
2. The Council shall annually assess and review the world jute situation and outlook, including the state of competition with synthetics and substitutes, and shall inform members of the results of the review.
3. The review shall be carried out in the light of information supplied by members in relation to national production, stocks, exports and imports, consumption and prices, of jute and jute products and synthetics and substitutes and such other information as may be available to the Council either directly or through the appropriate organizations in the United Nations system, including UNCTAD and FAO, and appropriate intergovernmental and non-governmental organizations.

CHAPTER XI - MISCELLANEOUS

Article 33

Complaints and disputes

Any complaint that a member has failed to fulfil its obligations under this Agreement and any dispute concerning the interpretation or application of this Agreement shall be referred to the Council for decision. Decisions of the Council on these matters shall be final and binding.

Article 34

General obligations of members

1. Members shall for the duration of this Agreement use their best endeavours and co-operate to promote the attainment of its objectives and to avoid action in contradiction to them.
2. Members undertake to accept as binding decisions of the Council under the provisions of this Agreement, and shall seek to refrain from implementing measures which would have the effect of limiting or running counter to them.
3. The liability of members arising from the operation of this Agreement, whether to the Organization or to third parties, shall be limited to the extent of their obligations regarding contributions in accordance with chapter VI.

Article 35

Relief from obligations

1. Where it is necessary on account of exceptional circumstances or emergency or force majeure not expressly provided for in this Agreement, the Council may, by special vote, relieve a member of an obligation under this Agreement if it is satisfied by an explanation from that member regarding the reasons why the obligation cannot be met.
2. The Council, in granting relief to a member under paragraph 1 of this article, shall state explicitly the terms and conditions on which, and the period for which, the member is relieved of such obligation and the reasons for which the relief is granted.

Article 36

Differential and remedial measures

1. Developing importing members whose interests are adversely affected by measures taken under this Agreement may apply to the Council for appropriate differential and remedial measures. The Council shall consider taking appropriate measures in accordance with section III, paragraphs 3 and 4, of resolution 93 (IV) of the United Nations Conference on Trade and Development.
2. Without prejudice to the interests of other exporting members, the Council shall, in all its activities, give special consideration to the needs of a particular least developed exporting member.

CHAPTER XII - FINAL PROVISIONS

Article 37

Signature, ratification, acceptance and approval

1. This Agreement shall be open for signature at United Nations Headquarters from 1 January 1990 to 31 December 1990 inclusive by Governments invited to the United Nations Conference on Jute and Jute Products, 1989.

2. Any Government referred to in paragraph 1 of this article may:

(a) At the time of signing this Agreement, declare that by such signature it expresses its consent to be bound by this Agreement;

(b) After signing this Agreement, ratify, accept or approve it by the deposit of an instrument to this effect with the depositary.

Article 38

Depositary

The Secretary-General of the United Nations is hereby designated as the depositary of this Agreement.

Article 39

Notification of provisional application

1. A signatory Government which intends to ratify, accept or approve this Agreement, or a Government for which the Council has established conditions for accession but which has not yet been able to deposit its instrument, may, at any time, notify the depositary that it will apply this Agreement provisionally either when it enters into force in accordance with article 40 or, if it is already in force, at a specified date. At the time of its notification of provisional application, each Government shall declare itself to be an exporting member or an importing member.

2. A Government which has notified under paragraph 1 of this article that it will apply this Agreement either when this Agreement enters into force or, if this Agreement is already in force, at a specified date shall, from that time, be a provisional member of the Organization, until it deposits its instrument of ratification, acceptance, approval or accession and thus becomes a member.

Article 40

Entry into force

1. This Agreement shall enter into force definitively on 1 January 1991 or on any date thereafter, if by that date three Governments accounting for at least 85 per cent of net exports as set out in annex A to this Agreement, and 20 Governments accounting for at least 65 per cent of net imports as set out in annex B to this Agreement, have signed this Agreement pursuant to article 37, paragraph 2 (a), or have deposited their instruments of ratification, acceptance, approval or accession.
2. This Agreement shall enter into force provisionally on 1 January 1991 or on any date thereafter, if by that date three Governments accounting for at least 85 per cent of net exports as set out in annex A to this Agreement, and 20 Governments accounting for at least 65 per cent of net imports as set out in annex B to this Agreement, have signed this Agreement pursuant to article 37, paragraph 2 (a), or have deposited their instruments of ratification, acceptance or approval, or have notified the depositary under article 39 that they will apply this Agreement provisionally.
3. If the requirements for entry into force under paragraph 1 or paragraph 2 of this article have not been met on 1 January 1991, the Secretary-General of the United Nations shall invite those Governments which have signed this Agreement pursuant to article 37, paragraph 2 (a), or have deposited instruments of ratification, acceptance or approval, or have notified the depositary that they will apply this Agreement provisionally, to meet at the earliest time practicable and to decide to put this Agreement into force provisionally or definitively among themselves in whole or in part. While this Agreement is in force provisionally under this paragraph, those Governments which have decided to put this Agreement into force provisionally among themselves in whole or in part shall be provisional members. Such Governments may meet to review the situation and decide whether this Agreement shall enter into force definitively among themselves, or continue in force provisionally, or terminate.
4. For any Government that deposits its instrument of ratification, acceptance, approval or accession after the entry into force of this Agreement, it shall enter into force for that Government on the date of such deposit.
5. The Executive Director shall convene the first session of the Council as soon as possible after the entry into force of this Agreement.

Article 41

Accession

1. This Agreement shall be open for accession by the Governments of all States upon conditions established by the Council, which shall include a time-limit for the deposit of instruments of accession. The Council may, however, grant extensions of time to Governments which are unable to deposit their instruments of accession by the time-limit set in the conditions of accession.

2. Accession shall be effected by the deposit of an instrument of accession with the depositary.

Article 42

Amendments

1. The Council may, by special vote, recommend an amendment of this Agreement to the members.

2. The Council shall fix a date by which members shall notify the depositary of their acceptance of the amendment.

3. An amendment shall enter into force 90 days after the depositary has received notifications of acceptance from members constituting at least two thirds of the exporting members and accounting for at least 85 per cent of the votes of the exporting members, and from members constituting at least two thirds of the importing members and accounting for at least 85 per cent of the votes of the importing members.

4. After the depositary informs the Council that the requirements for entry into force of the amendment have been met, and notwithstanding the provisions of paragraph 2 of this article relating to the date fixed by the Council, a member may still notify the depositary of its acceptance of the amendment, provided that such notification is made before the entry into force of the amendment.

5. Any member which has not notified its acceptance of an amendment by the date on which such amendment enters into force shall cease to be a party to this Agreement as from that date, unless such member has satisfied the Council that its acceptance could not be obtained in time owing to difficulties in completing its constitutional or institutional procedures, and the Council decides to extend the period for acceptance of the amendment for that member. Such member shall not be bound by the amendment before it has notified its acceptance thereof.

6. If the requirements for the entry into force of the amendment have not been met by the date fixed by the Council in accordance with paragraph 2 of this article, the amendment shall be considered withdrawn.

Article 43

Withdrawal

1. A member may withdraw from this Agreement at any time after the entry into force of this Agreement by giving written notice of withdrawal to the depositary. That member shall simultaneously inform the Council of the action it has taken.
2. Withdrawal shall become effective 90 days after the notice is received by the depositary.

Article 44

Exclusion

If the Council decides that any member is in breach of its obligations under this Agreement and decides further that such breach significantly impairs the operation of this Agreement, it may, by special vote, exclude that member from this Agreement. The Council shall immediately so notify the depositary. One year after the date of the Council's decision, that member shall cease to be a party to this Agreement.

Article 45

Settlement of accounts with withdrawing or excluded
members or members unable to accept an amendment

1. In accordance with this article, the Council shall determine any settlement of accounts with a member which ceases to be a party to this Agreement owing to:
 - (a) Non-acceptance of an amendment to this Agreement under article 42;
 - (b) Withdrawal from this Agreement under article 43; or
 - (c) Exclusion from this Agreement under article 44.
2. The Council shall retain any contribution paid to the Administrative Account by a member which ceases to be a party to this Agreement.
3. A member which has received an appropriate refund under this article shall not be entitled to any share of the proceeds of liquidation or the other assets of the Organization. Nor shall such a member be liable for any deficit incurred by the Organization after such refund has been made.

Article 46

Duration, extension and termination

1. This Agreement shall remain in force for a period of five years after its entry into force unless the Council, by special vote, decides to extend, renegotiate or terminate it in accordance with the provisions of this article.
2. The Council may, by special vote, decide to extend this Agreement for not more than two periods of two years each.
3. If, before the expiry of the five-year period referred to in paragraph 1 of this article, or before the expiry of an extension period referred to in paragraph 2 of this article, as the case may be, a new agreement to replace this Agreement has been negotiated but has not yet entered into force either definitively or provisionally, the Council may, by special vote, extend this Agreement until the provisional or definitive entry into force of the new agreement.
4. If a new agreement is negotiated and enters into force during any period of extension of this Agreement under paragraph 2 or paragraph 3 of this article, this Agreement, as extended, shall terminate upon the entry into force of the new agreement.
5. The Council may at any time, by special vote, decide to terminate this Agreement with effect from such date as it may determine.
6. Notwithstanding the termination of this Agreement, the Council shall continue in being for a period not exceeding 18 months to carry out the liquidation of the Organization, including the settlement of accounts, and, subject to relevant decisions to be taken by special vote, shall have during that period such powers and functions as may be necessary for these purposes.
7. The Council shall notify the depositary of any decision taken under this article.

Article 47

Reservations

Reservations may not be made with respect to any of the provisions of this Agreement.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, being duly authorized thereto, have affixed their signatures under this Agreement on the dates indicated.

DONE at Geneva, this third day of November, one thousand nine hundred and eighty-nine, the texts of this Agreement in the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish languages being equally authentic.

ANNEX A

Shares of individual exporting countries in total net exports
of jute and jute products of countries participating in the
United Nations Conference on Jute and Jute Products, 1989,
as established for the purposes of article 40

	<u>Percentage</u>
Bangladesh	61.578
China	8.681
India	18.869
Nepal	1.703
Thailand	<u>9.169</u>
<u>Total</u>	100.000

ANNEX B

Shares of individual importing countries and groups of countries
in total net imports of jute and jute products of countries
participating in the United Nations Conference on Jute and Jute
Products, 1989, as established for the purposes of article 40

		<u>Percentage</u>
Algeria		1.443
Argentina		0.363
Australia		6.905
Austria		0.143
Canada		1.311
European Economic Community		24.008
Belgium/Luxembourg	6.200	
Denmark	0.242	
France	1.949	
Germany, Federal Republic of	3.128	
Greece	0.330	
Ireland	0.363	
Italy	1.399	
Netherlands	2.434	
Portugal	0.275	
Spain	1.421	
United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland	6.267	
Egypt */		2.390
Finland		0.077
Indonesia		2.269
Japan		6.542
Morocco		0.815
Norway		0.055
Pakistan		12.974
Philippines		0.066
Poland */		1.795
Sweden		0.044
Switzerland		0.198
Syrian Arab Republic		3.943
Turkey		1.718
United States of America		14.097
Union of Soviet Socialist Republics		17.610
Yugoslavia */		1.234
	<u>Total</u>	100.000

*/ Not participating in the Conference but included because it is an importing member of the International Jute Organization.

01.03.91

Beschluß

des Bundesrates

zur

Verordnung über die Gewährung von Vorrechten und Immunitäten an
die Internationale Jute-Organisation

Der Bundesrat hat in seiner 626. Sitzung am 1. März 1991 beschlossen, der Verordnung gemäß Artikel 80 Abs. 2 des Grundgesetzes zuzustimmen.